

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbüchern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark (halbmonatlich 1 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestrichelte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 Mark. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt bezieht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 13. Februar 1928 Nummer 37

Gegen die Unternehmeroffensive! Für den Sturz des Bürgerblocks!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Unternehmerklasse holt zu einem frontalen Angriff gegen die Arbeiterschaft aus. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen ist ihr ein willkommenes Anlaß. In den Jahren 1925, 1926, 1927 haben die Unternehmer im Verlauf der Rationalisierung Milliardenprofite eingekassiert. Für euch ist das Ergebnis dieser Rationalisierung mörderische Heerarbeit, maßlose Ausbeutung und Rechtslosigkeit in den Betrieben. Seit Anfang 1928 sinkt der Reallohn, und selbst im Hochkonjunkturjahr 1927 ist nach einwandfreien Berechnungen die Kaufkraft eures Lohnes weiter gefallen. Dieses weitere Sinken des Reallohnes, trotz der denkbar besten Konjunktur, ist das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung des letzten Jahres. Ist es nicht ein katastrophales Ergebnis der Politik der Gewerkschaftsbureaucratie, wenn nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch in Zeiten der Hochkonjunktur der Lohn sinkt und die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern?

78 Pfennig pro Stunde ist der Lohn, den die mitteldeutschen Metallarbeiter zur Festhaltung ihres elenden Daseins erhalten sollen. Und weil sie mit einem solchen Hungerlohn sich nicht zufrieden geben, drohen die Metallindustriellen mit der Aussperrung von 1 200 000 Metallarbeitern im ganzen Reich.

Durch diese Drohung soll ein Massenruck auf die 50 000 kämpfenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands ausgeübt werden, um diese zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Dies wäre aber einer Kapitulation der gesamten deutschen Arbeiter vor den Trust- und Kartellbaronen gleich, würde die Existenzbedingungen aller deutschen Arbeiter noch mehr verschlechtern.

Wiesleicht ist aber die Aussperrungsandrohung gar nicht ernst gemeint? Die sozialdemokratischen Zeitungen und die Reden der reformistischen Führer wollen euch das glauben machen.

Es ist aber anders, als die reformistische Bureaucratie die Lage darstellt. Das Unternehmerum will nicht nur die Generalaussperrung der Metallarbeiter, es will

die rücksichtslose Niederschlagung der Arbeiterklasse im Jahre 1928, um das außen- und innenpolitische Programm des deutschen Imperialismus durchführen zu können.

In dem Rotprogramm der Vereinigten Unternehmerverbände vom 1. Januar kann jeder nachlesen, daß die Kapitalisten auf Kosten des wertvollen Volkes den weiteren Aufstieg des deutschen Kapitalismus sicherstellen wollen. Und Herr Luthner sprach in Kassel deutlich genug, daß das Programm durchgesetzt werden müsse „auf geschicktem Wege, wenn möglich, mit Gewalt, wenn notwendig“.

Und die Unternehmer wollen schon jetzt eine erste Entladung herbeiführen! Warum jetzt? Weil sie Kampfschlossenheit der breiten Massen des Proletariats sehen und um jeden Preis verhindern möchten, daß aus der Kampfschlossenheit

eine einige und geschlossene kämpfende Front aller deutschen Arbeiter entsteht!

Am 31. März und am 30. April laufen die Arbeitsverträge für 6 Millionen Arbeiter ab. Es sind die wichtigsten Arbeiterkategorien: 550 000 Steinlohnbergleute, 450 000 Eisenbahner, 300 000 Arbeiter der chemischen Industrie, 400 000 Arbeiter in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und anderen Gemeindefabriken, 300 000 Verkehrsarbeiter, 750 000 Bauproletariat, 1 500 000 Landarbeiter und Hunderttausende Leder-, Holz-, Metall- und Textilarbeiter stehen vor Auseinandersetzungen über die Erhaltung oder Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Ein Kampf solcher Massen wäre ein furchtbarer Schlag gegen die kapitalistische Stabilisierung.

gegen das Hungerregiment des Bürgerblocks.

In einem solchen Klassenkampf brechen die Schranken einer rein gewerkschaftlichen Lohnregelung. Da wird die wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern und dem mit dem Bürgerblock verbündeten Kapital ein Kampf von ungeheurer politischer Tragweite. In einem solchen Kampf stehen die Lebensinteressen der kämpfenden Arbeiterschaft mit der Gewalt des Untertanenstaates unmittelbar zusammen. Da kann man nicht mehr mit den bekannten Tricks der Schlichtungsinstanzen und der Arbeitsgerichte die Arbeiter abhalten, ihren Kampf für die Durchsetzung ihrer von der Not diktierten Forderungen abzubrechen.

Das wissen die Unternehmer und ihre Bürgerblockminister sehr genau, und deshalb die Drohung mit der Aussperrung legt, che Arbeiterbataillone zum Kampf auf breiter Front angetreten sind.

Aber die Arbeiter müssen die Lage ebenso gut begreifen, wie ihre kapitalistischen Feinde. Sie dürfen sich nicht in einzelnen Kolonnen niederwerfen lassen. Sie müssen kämpfen!

händnis gegen die Macht der Truste und Kartellbarone schaffen. Soll es wieder so sein, daß erst die Metallarbeiter und dann die Bergarbeiter und nach ihnen die anderen Arbeiterschichten von den gutorganisierten und sich gegenseitig solidarisch unterstützenden Unternehmern niedergeschlagen werden?

Mit dieser verderblichen Politik der Zersplitterung der Arbeiterkräfte und mit der reformistischen Politik der feigen Kapitulation vor den Unternehmerdrohungen und den Betrugsmanövern des Schlichtungsbeamten Dr. Brauns muß endgültig Schluss gemacht werden.

Was war die Folge der Nichtaufnahme des Kampfes der Bergarbeiter der Ruhr um eine zwischenstaatliche Lohnerrhöhung im Herbst des Vorjahres? Oder die Folge des vor dem Siege abgedrohten Kampfes der mitteldeutschen Braunkohlengraber? Eine außerordentliche Verschlechterung der Lage dieser Arbeiterschichten.

Was ist das Ergebnis des Ausweichens vor einem Kampfe der Hüttenindustrie? Wachsende Unternehmerprofite um 15 Prozent, für die Arbeiter aber die 57-Stunden-Woche, Sonntagsarbeit um zwei Pfennig Lohnerrhöhung für eine um 40 Prozent gestiegene Arbeitsleistung.

Welche Schlüsse ziehen die Unternehmer aus dieser Rückschlag- und Niederlagenstrategie des Reformismus? Sie werden von Woche zu Woche aggressiver, sie fühlen sich zu immer neuen Angriffen gegen die Arbeiterschaft ermuntert. Jetzt fordern sie nicht nur die Ablehnung der geringen Lohnforderungen der Arbeiter, jetzt verkünden sie, daß das Jahr 1928 ein Jahr des Lohnabbaues werden muß. Wenn wir Arbeiter nicht mit einer Gegenoffensive auf die Diktaturmaßnahmen der Unternehmer antworten werden, dann wird der Unternehmerplan Wirklichkeit. Jetzt dürfen die Arbeiter keinen Schritt mehr zurückweichen.

Die Mitteldeutschen Metallarbeiter, die jetzt als Vortrupp der deutschen Arbeiter kämpfen, dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Alles muß darangelegt werden, ihren Sieg zu erkämpfen. Wegen die Metallindustriellen ihre Drohung in die Tat umsetzen — die deutsche Arbeiterklasse ist, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt, stark genug, um auch der härtesten Unternehmeroffensive eine Niederlage beizubringen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nehmt zur Lage sofort Stellung! Dabei nicht, daß die feigen und gewissenlosen reformistischen Führer, die sich bisher nur als Niederlagenstrategen „bewährt“ haben, eure kämpfenden Klassengenossen in Mitteldeutschland und damit auch in der Folge auch in eine neue Niederlage verwickeln. Die ganze deutsche Arbeiterschaft muß zum Abwehrkampf mobilisiert werden. In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, in jedem Ort müssen sofort die entsprechenden Abwehrmaßnahmen beraten und beschlossen werden. Zwingt die Ver-

stände eurer Gewerkschaften, zwingt die Vorstände der Ortsausschüsse des ADBG zur Einberufung der Betriebsräteversammlungen. Zwingt die Instanzen zur Verantwortung von Demonstrationen gegen die Unternehmerpläne. Setzt selbst diese Demonstrationen zu organisieren. Die Massen des Proletariats müssen aufmarschieren!

Das Unternehmertum spekuliert darauf, daß die Unorganisierten, weil sie ohne Unterstützung nicht durchhalten können, zu Streikbrechern werden. Das muß verhindert werden durch eine breite Sammelaktion. Kein Arbeiter darf, von der Not gezwungen, aus der Front ausbrechen. Helmschütze reformistische Bureaucraten spekulieren, wie die Unternehmer, auf den Streikbruch der Unorganisierten, damit sie einen Sündenbock für die beachtlichste Abwürgung des Kampfes finden. Der Arbeitsminister der Christen spekuliert auf den Streikbruch, damit er ohne großen Widerspruch der Arbeiter einen Schandstichspruch verbindlich erklären kann.

Macht diese Spekulation zunichte.

sammelt in allen Werkstätten, nehmt den feigen Unorganisierten in den Verband auf.

Und ihr Arbeiter in Mitteldeutschland, die ihr in vielen Kämpfen in den vordersten Reihen der deutschen Arbeiter gestanden habt, auf euch ruht eine doppelte Verantwortung. Ihr müßt erst recht euren kämpfenden Brüdern zu Hilfe eilen. Denkt daran, daß in euren Händen eine große Macht liegt. In Mitteldeutschland sind die Werke der Chemiekönige, die Werke der Zuckerbarone, die Braunkohlenschächte, die Elektrizitätswerke zusammengeballt. Ihre Schornsteine dürfen nicht mehr rauchen, wenn man euren Brüdern an die Gurgel will. Bereitet euch vor,

mit ganzer Kraft in die Kampffront

zu springen. Der Unternehmerangriff muß an eurem geschlossenen Auftreten zerschellen.

Hüttenarbeiter Deutschlands! Worin besteht eure Aufgabe? Dieselben Industriellen, die euch keine Minute Arbeitszeitverkürzung gewährten, denen zwei Pfennig zur Lohnzulage für euch noch zuviel waren, sie sind es, die jetzt viele Millionen bereit halten, damit 50 000 Metallarbeiter in Mitteldeutschland vor den geschlossenen Toren der Fabriken stehen, bis sie vor Hunger klein werden. Diese Hüttenkönige sind es, die 1 200 000 Metallarbeiter auf die Straße werfen wollen, wenn der Hunger die mitteldeutschen Industriefabriken nicht zu Boden zwingt. Antwortet diesen Henkern durch die Tat. Heraus nach acht Stunden aus den Werken. Eure Mehrarbeit schafft nur den Kriegsfond gegen eure kämpfenden Brüder in Mitteldeutschland!

Metallarbeiter Mitteldeutschlands! Erklämt in geschlossener Front eure Forderung — 15 Pfennig Lohnerrhöhung. Verhindert die Abwürgung des Kampfes durch einen Schandstichspruch.

Organisiert das Kampfhändnis zur Abwehr der Aussperrungsangriffe und zur Durchsetzung eurer Forderungen.

Metallarbeiter Berlins! Erklämt auch ihr in einheitlicher Front eure Lohnforderungen. Laßt eure Front nicht durch Betriebsvereinbarungen und Schlichtungsverhandlungen zersplittern.

Arbeiter der Hüttenindustrie!

Organisiert sofort den Kampf für das Verlassen der Betriebe nach acht Stunden und Verweigerung der Sonntagsarbeit.

Arbeiter in ganz Deutschland! Mobilisiert in allen Betrieben und Gewerkschaften und durch öffentliche Kundgebungen zum Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive.

Verlaßt euch nicht auf die reformistischen Versprechungen auf „Abrechnung mit den Unternehmern bei den Wahlen“. Wenn ihr darauf hineinfallen werdet, haben die Unternehmer schon halb gewonnen. Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit kann nicht bei den Wahlen oder im Parlament geführt werden! Nur im unmittelbaren Kampf durch die Auflösung der ganzen Arbeiterfront könnt ihr sie zwingen!

Setzt den mitteldeutschen Metallarbeitern durch Geldsammlungen!

Bereitet euch vor zum geschlossenen Kampf für eure eigenen Forderungen!

Kämpft für Lohnerrhöhung und Achtstundentag!

Nieder mit dem Schlichtungsbeamten! Keine Unterwerfung unter Zwangsschlichtungspräge!

Kämpft zum Sturz der Regierung des Zollwuchers und des Steuerabbeis!

Nieder mit dem Bürgerblock!

Nieder mit der Koalitions- und der Arbeitsgemeinschaftspolitik!

Es lebe der Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Verhindert die Abwürgung!



Direktor Dr. Sütgen, vom Reichsarbeitschiedsamt in Magdeburg zum Schlichter im mitteldeutschen Konflikt berufen. Er soll den Kampf abwürgen.

Mordprozeß Kranz

Die Steglitzer Mordnacht / Die Kronzeugin schwer belastet / Hildegard Scheller widerspricht sich

Normale Justiz

Der Mordprozeß Kranz, eine Sensation für die gesamte bürgerliche Presse, ist den einen eine Verlegenheit, den anderen ein Grund zum Mitleid.

Die deutschnationalen Jugendpresse sieht in Kranz und seinem Scheller-Milieu nur Unreife, Entwurzelung, Abweichung von der Norm der trauen bürgerlichen Familie, obwohl Kranz ein so normal treudeutscher Primaner gewesen ist, daß er sogar dem Jungdeutschen Orden angehört hat.

Die demokratische Arbeiter- und Arbeiter-Presse bemitleidet den jungen Mann, den die Ungunst der Verhältnisse vor das Schwurgericht gerückt hat. Sie rügt sanft oder rüde den Gerichtsvorsitzenden, der unbeduldsame Fragen an Hildegard Scheller stellt, der gegen die Zweckmäßigkeit, sie vor ihrer Anklage verurteilt.

Beide, ob deutschnational, ob demokratisch, weichen mit ihrer Verlegenheit oder ihrem Mitleid nur dem entscheidenden Problem dieses Prozesses aus: daß nämlich in diesem Prozeß wieder einmal der ganzen bürgerlichen Justiz der Prozeß gemacht wird. Sie sehen nur Abnormalitäten beim Angeklagten, nur Regelwidrigkeit beim Gerichtsvorsitzenden, was bei jenen nur die Regel der bürgerlichen Jugend dieser Zeit, bei diesen nur die Normalität der Justiz dieser Zeit ist.

Paul Kranz, ein Junge, vorschrittsmäßig im Jugendorganisiert, der selbst für einen Primaner außergewöhnlich schlechte Gedächtnis macht, sitzt mit dem anderen Geschlecht zulam-

gleichzeitig ihren Freund Hans Stephan mit und ließ sich von Kranz versprechen, ihrem Bruder nichts von Stephan's Anwesenheit zu sagen. Nun sitzen Günther, die Ellinor und Kranz im Salon, Hildegard vergnügt sich mit Stephan in der Küche, später im Schlafzimmer. Günther weiß nur, daß seine Schwester mit irgend jemand zusammen ist.

Bei dieser Gelegenheit schlägt der Vorsitzende wieder die moralische Fäule: „Hätte der Bruder nicht die Pflicht, seine Schwester von dem Wege der Sünde zurückzuhalten?“

Kranz: „Das Verhältnis zwischen den Geschwistern war so: Beide taten, was sie wollten und drohten, einander bei den Eltern zu verpehen. Schließlich einigten sie sich auf beiderseitiges Stillschweigen.“

Schließlich verschwindet der unberechenbare Günther, Kranz geht mit der Ellinor ins Schlafzimmer.

Vorsitzender: „Ich denke, Sie liebten Hildegard?“

Kranz: „Ich hatte eingesehen: Wenn die Welt nun einmal so ist, spielt ich auch so mit.“

Aber Ellinor mußte nach Hause, aus der Nacht zu wachen wurde eine Nacht zu zwei und zwei. Günther kehrt zurück, trinkt mit Paul, Stephan und Hildegard in der verlassenen Nebenstube. Paul geht zu Günther, daß Stephan bei seiner Schwester ist. Stephan, den Günther als den Todfeind seiner Familie bezeichnet, weil er seinem Vater erzählt hat, daß er mit einem reichen Homosexuellen im Auto nach Paris gefahren ist.

Darüber plaudern die beiden, trinken, geraten immer mehr in Verzweiflung und lassen den Plan, sich zu erschließen. Stephan muß mit, „Denn sonst er alle in weiserleben.“ sagt Günther, und dann wird auch Hildegard einbezogen. Er will Günther töten, dann soll Paul ihn, Hildegard und sich selbst erschließen. Schließlich einigt man sich darauf: Günther soll Stephan und Hildegard töten, Paul Hildegard und sich erschließen. Dann schreiben sie ihre Abschiedsbriefe: An das liebe Mütterlein, an die Morgenpost, an Freunde. Einen Teil dieser Briefe hat Kranz später verbrannt.

Nachdem Günther einen Schuß abgegeben hat, der an Kranz knapp vorbeigeht und die erschrockene Hildegard beruhigt worden ist, hämmert der Morgen. Hildegard verläßt Stephan und geht an die Korridortür, um der wieder erschrockenen Ellinor zu öffnen. „Ich dachte, Günther hätte sich beruhigt und Stephan wäre längst fort.“ sagt Kranz in der Verhandlung. Er folgte Günther ins Schlafzimmer. Auf dem Rücken — Paul geht jetzt vorwärts — hört Paul in der Tür, wie Günther „Zeh!“ ruft, dreht sich um und sieht, wie Günther erst auf den unter einem Badetuch versteckten Stephan zwei Schüsse und den dritten auf sich selbst abgibt.

Den Mädchen sagt Kranz, daß sie niemand verraten sollen, daß der Revolver ihm gehört habe. Der Arzt findet zwei Leichen vor. Am nächsten Tag wird Kranz verhaftet.

Die Widersprüche mit seinen früheren Aussagen erklärt Kranz damit, daß er aus Angst, in Mordverdacht zu geraten, gelogen habe. Außerdem habe ihn der Untersuchungsrichter ungefähr eine halbe Stunde lang immer dieselbe Frage gestellt, bis er endlich Ja gesagt habe.

Familie Scheller

Nach Schluß der Vernehmung des Kranz kommt es zu einigen Zusammenkünften zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft, später zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Es handelt sich darum, wer den Lebenslauf des Kranz in die „Morgenpost“ lanciert habe.

Dabei kommt es zu überraschenden Feststellungen:

1. Vater Scheller ist am Tage nach der Schredensnacht mit seiner Tochter zur WZ gegangen und hat dieser Zeitung für 100 RM ein Interview angeboten. Die WZ hat den Preis auf 40 RM heruntergehandelt.

2. Während der Verhandlung bietet Vater Scheller draußen auf dem Korridor seine Tochter der Vertreter der Presse zu weiteren Interviews an. Vater Scheller wird hereingeholt und vernarrt.

3. Der Vater des Kranz soll nicht sein natürlicher Vater sein. Die Mitteilung wird nicht bestritten.

Dann wird Hildegard Scheller vorgeführt, der Typ eines frühreifen gut entwickelten, gut bürgerlichen Mädchens. Hildegard tut sehr sanft, weiß von nichts und arbeitet mit umflorter Stimme. Gegen ihre Verteidigung protestiert der Verteidiger Freud, weil er der Staatsanwaltschaft zur Erwägung gegeben habe, ob die Scheller nicht der Mittäterschaft anzuklagen sei. Außerdem glaube er von der Sechzehnjährigen nicht, daß sie sich über die Bedeutung des Eldes im Klaren sei.

Die Staatsanwaltschaft teilt mit, daß sie den Antrag auf Strafverfolgung der Hildegard Scheller bereits abgelehnt habe.

Als der Verteidiger eine Bemerkung über diese Präzisionsarbeit der Staatsanwaltschaft macht, unterbricht ihn der Vorsitzende. Jeder Antrag der Verteidigung wird hierauf von dem erdosten Vorsitzenden und dem Gericht abgelehnt.

Hildegard wird verurteilt und dann vernommen.

Sie soll über ihre Beziehungen zu Paul Kranz aussagen. Zuerst habe sie sich nicht um ihn gekümmert. Dann hätte sie von ihrem Bruder gehört, daß Paul dichten könne. Jetzt sei er ihr interessant geworden.

Der Vorsitzende versucht aus ihr herauszulockern, wie sie mit Paul verkehrt habe. Ein paar Fragen dieses juristischen Sokrates:

„Fräulein, ich will Ihnen ungebührliche Breiten ersparen. Deuten Sie nur an: Haben Sie das Gefühl gehabt, einen völligen Geschlechtsakt zu vollziehen?“

Zeugin: „Nein. Wir haben uns nur geküßt.“

Vorsitzender: „Aber Fräulein, früher haben Sie ganz anders ausgesagt. Sie haben doch gesagt, Sie hätten so ein Drängen in sich gefühlt! Sie waren doch die Sinnlichere, nicht wahr? Ist es wenigstens bei Kranz so weit gekommen, daß man von einem Vorgang reden kann, der dem üblichen Geschlechtsakt erheblich näher kam?“

Zeugin: „Ja, er wollte, aber ich habe mich gelehrt.“

(Hier springt der Angeklagte, der gegen Schluß der Verhandlung sehr lebendig und aufmerksam geworden ist, erregt auf. Die Warnung der Verteidigung, Hildegard könne einen Weineid begeben, scheint nach diesen Aussagen nicht ganz unbegründet zu sein.)

Zweiter Verhandlungstag

Hildegard Scheller, mit deren Vernehmung heute fortgefahren wird, betont noch einmal, mit Hans Stephan nur ein Kupferverhältnis gehabt zu haben. An dem freizügigen Abend stand sie am Fenster und erwartete ihn. Als Günther und Kranz kamen, versteckte sich Hans hinter einer Mauer. Hildegard sollte dann Ellinor Kati holen und brachte auch Hans heimlich mit heraus. Vorsitzender: „Das war doch ein recht gefährlicher Gedanke?“

Hildegard Scheller: „Ich war der Ansicht, daß es so der beste Ausweg wäre.“

Vorsitzender: „Die Gelegenheit war günstig wie?“

Hildegard Scheller: „Ich wollte nur mit ihm noch länger zusammen sein, sonst nichts.“

Die Zeugin gibt an, mit Hans längere Zeit im Nebenzimmer gewesen zu sein. Dann sah sie ins Schlafzimmer Paul, der Günther nicht mehr vor, dafür aber im Schlafzimmer Paul, der sich mit Ellinor beschäftigte. Während Hans und Ellinor nach Hause wollten, überhorte Paul keine Absicht, dazubleiben. Hildegard ging dann zu Frau Kati, um für Ellinor um die Erlaubnis zu bitten, bei Schellers schlafen zu dürfen. Das wurde abgelehnt.

Ellinor geht nach Hause. Dann kommt Günther zurück und Hildegard verläßt sich mit Hans ins Bett. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich Hans ihr zu nähern versuchte, gibt die Zeugin an, er habe gesagt: „Ich werde dich heiraten. Also können wir doch jetzt schon so tun, als wären wir es.“ Die Zeugin habe dieses Verlangen abgelehnt. Ebenso leugnet sie, daß es schon früher zwischen ihr und Hans weiter als zu geschlechtlichen Berührungen gekommen sei.

Gegen Morgen hörte sie in der Küche einen Schuß fallen, geht hinein und will gesehen haben, daß Paul oder ihr Bruder eine Pistole in der Hand hatte. Sie machte sich aber nicht viel daraus, da ihre belannt gewesen sei, daß Paul auch schon früher mit der Pistole geschossen habe. Dann geht sie zu Hans zurück. Gegen Morgen verläßt sie das Schlafzimmer und findet ihren Bruder und Paul in ziemlich angeheitertem Zustande vor. Die Schlafzimmertür hatte sie hinter sich abgeschlossen.

Günther ging darauf zu der verschlossenen Schlafzimmertür, hinter der er Hans vermutete. Als Hildegard ihm folgen wollte, habe sie Paul zurückgehalten.

Kranz: „So wäre möglich, daß ich das getan habe, weiß es aber nicht.“

Dann ist Hildegard wieder in das Schlafzimmer zurückgegangen, hat Hans versteckt und Tür und Fenster weit geöffnet, um den Glauben zu erwecken, daß niemand im Zimmer sei.

Günther, den Hildegard als sehr aufgeregt schildert, ging wieder in das Zimmer und Hildegard will bemerkt haben, daß er durch den Spiegel den Hans Stephan in der Schranktür gesehen hat.

Da klopfte es an der Korridortür. Es war Ellinor Kati, mit der sie ins Nebenzimmer ging. Da sah sie, daß Paul und Günther wieder ins Schlafzimmer gingen. Sie wollte ihnen folgen, sei aber zurückgedrängt worden.

Nach kurzer Zeit hörten die beiden Mädchen Schüsse. Hildegard stürzte ins Schlafzimmer und fand ihren Bruder am Fußende des Bettes und Hans Stephan in der Schranktür liegend.

Widersprüche

Der Verteidiger fragt die Zeugin, ob es stimmt, daß sie, wie sie früher behauptete, einige Minuten vorher durch die Glasscheibe der Tür zwei dunkle Schatten bemerkt habe. Die Zeugin sagt heute aus, daß sie die Schatten nicht in der Nähe der Tür, sondern weiter hinein im Zimmer gesehen hätte. Der Verteidiger macht sie auf diesen Widerspruch aufmerksam.

An diesem Punkt der Verhandlung hält Hildegard die Hände vors Gesicht und macht Miene, in Ohnmacht zu fallen.

Der Verteidiger stellt den Antrag, den Geschäftsführer des Europa-Kaffees in der Königgräber Straße zu laden. Die Zeugin Hildegard Scheller sei von diesem am Abend vor der Verhandlung wegen ungebührlichen Betragens aus der Tanzdiele hinausgeschmissen worden.

Die Beschlußfassung über diesen Antrag wird zurückgestellt. Nach einer kurzen Pause schildert die Zeugin die Situation nach der Tat: Kranz habe am Boden gekniet, der Revolver habe hinter ihrem Rücken Bruder auf der Erde gelegen. Kranz habe auf ihren Ruf „Mörder“ geantwortet: „Ich war es nicht, es war Günther.“

Sie wollten dann Hans hinter dem Schrank heranziehen und aufs Bett legen, kriegten ihn aber nicht heraus. Hildegard wollte den Arzt und die Polizei anrufen. Darauf habe Paul gesagt: „Drei sind schon genug, die es wissen.“



Der ermordete Hans Stephan



Der Mörder und Selbstmörder Günther Scheller

Dann hätten sie im Kinderzimmer beratschlagt, was zu tun sei. Die Zeugin gibt an, mit Paul vereinbart zu haben: Sie wollten ausfragen, daß der Revolver dem Günther gehört hätte und daß Paul bei der Tat gar nicht im Zimmer gewesen sei. Vorsitzender: „Warum trafen Sie diese Vereinbarung?“

Zeugin: „Mir tat Paul leid.“

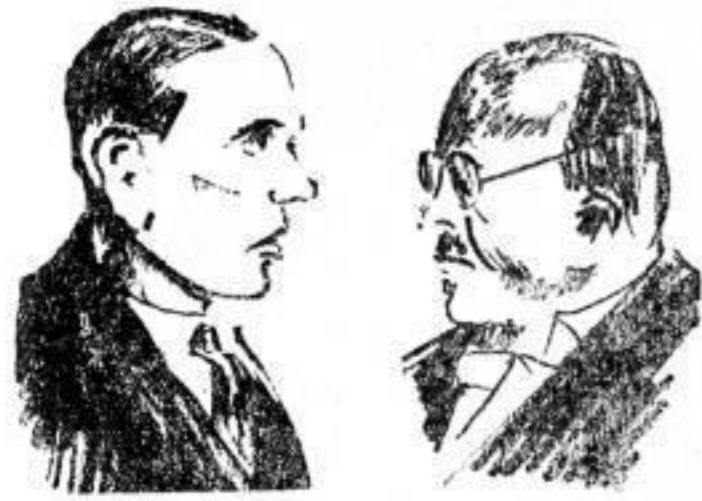
Nun wurde Ellinor, die sich schon auf der Treppe befunden hatte, zurückgeholt, und in den Plan eingeweiht. Dann erschien der Arzt.

Ueber ihren Bruder befragt, sagt Hildegard aus, daß er sehr launisch gewesen sei. Der Verteidiger hält ihr vor, daß Günther einmal bei einer Hindenburgfeier jemandem ein Messer zwischen die Rippen gestochen habe. Außerdem habe er früher einmal zu ihr gesagt: „Na, der Hans, der wird noch einmal was erleben.“

Hans hatte schon früher einmal verkehrt, mit ihr geschlechtlich zu verkehren, aber da habe sie geweint, daß er so etwas von ihr verlange.

Wie der Verteidiger bemerkt, hat Günther seinen Freunden erzählt, daß Hans mit seiner Schwester richtiggehend verkehrt habe.

Der Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeld macht die Zeugin auf verschiedene Eigentümlichkeiten ihres Bruders aufmerksam. Günther sei einmal in ihren Kleidern spazieren gegangen. Dann habe er sich öfters geschminkt und gepudert.



Der Angeklagte Paul Kranz

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Dink

men und hat dabei das Bewußt, an die Hildegard Scheller zu geraten, die noch vor dem Gerichtssaal Berichte ihrer Ergebnisse schamlos an die Sensationspresse verramscht. Dabei kommt Kranz unter die Räder. Er ist haltlos, wie Hildegard Scheller hilflos ist, wie es Günther Scheller und Hans Stephan gewesen sind, weil die bürgerliche Familie, dieses Ideal der auf den Jugendern gelassenen „Gartenlaube“, zerfällt ist, weil die bürgerliche Gesellschaft heute dem Sexualproblem der Jugend hilflos gegenübersteht.

Paul Kranz — er fällt nicht aus dem Rahmen der Gesellschaft, weder ist er unternormal, endlich belastet, nach ein Samlet, der die aus dem Jugend geratenen Zeit einzurennen kam. Er ist wie ein aus dem kleinbürgerlichen Milieu losgerissener junger Mensch, der mit der bürgerlichen Jugend „mittun“ will, sich ihrem Durchschnitt anzupassen sucht. Bestenfalls etwas intelligenter.

Die Justiz: Der Vorsitzende mahlt normal ihre Mühle. Sie knarrt nur ein wenig, als er Hildegard Scheller vorweg verurteilt. Aber es ist unsinnig und heuchlerisch, auf dieses technische Verlangen der Regie den ganzen Akt vor dem Verfahren zu kommentieren und es sonst seinen Gang gehen zu lassen.

Der Fall Kranz ist eine Angelegenheit der Gesellschaft, aber nicht der Justiz. Die bürgerliche Gesellschaft von heute, deren ideologischer Verfall gerade dieser Fall drastisch offenbart, macht ihn eben darum zu einer Angelegenheit der Justiz — aber nicht mit dem Erfolge, daß auch das Verlangen, die Hilflosigkeit der Justiz vor den Problemen des Falles offenbart wird.

Schon die Anklage ist eine Unmöglichkeit. Kranz, der nicht schuldig hat, wird der Anklage zum Morde im Grunde deshalb angeklagt, weil an den Mordgelebten diese bürgerliche Gesellschaft ihre eigene Schändlichkeit zugleich rächen und vertuschen will. Hat Kranz zum Morde angeklagt, so wird zwar die ramponierte Jungfräulichkeit der tanzenden Hildegard Scheller nicht wieder hergestellt, aber die Ehre der bürgerlichen Familie ist gerettet. Statt des Erziehers, der sich mit dem jungen Menschen befassen müßte, packt ihn die Justiz, stellt ihm und der Hildegard Scheller Fragen, die an Unmenschlichkeit ihresgleichen suchen (wobei ganz gleichgültig ist, ob Hildegard sympatisch oder unsympatisch ist).

Normale Justiz — und eben in dieser Normalität unmenschlich. Und gerade darum, in dieser Verneinung aller Menschlichkeit, obwohl der Vorsitzende in seinem Verzeir mit dem bürgerlichen Milieu sich menschlich zu sein bemüht, nur die Konstatierung ihrer Hilflosigkeit, des Veragens von entscheidenden Fragen ihrer eigenen Gesellschaftsordnung. Die Justiz der zueinandergehenden kapitalistischen Gesellschaft wird zur Barbarei nicht nur da, wo sie Terror gegen die feindliche Klasse übt, sondern sogar da, wo sie gegen Angehörige der eigenen Klasse richtet soll. Selbst wenn sie menschlich sein wollte — sie muß barbarisch sein, weil die Gesellschaft, in deren Namen sie richtet, weil der Kapitalismus selbst barbarisch ist.

Der Kapitalismus und sein „normaler“ Staat, seine „normale“ Justiz müssen verschwinden, damit die Menschen menschlich leben können.

Die Mordnacht in Steglitz

Am nächsten Morgen fuhr Hildegard nach der Stadt ins Bureau des Vaters. Kranz blieb mit Günther bis zum späten Nachmittag in Mahlow, dann drangen sie ihre Zelte ab und fuhrten nach Steglitz. Gegen 19.30 Uhr kamen sie vor der Schellerschen Wohnung in der Richterstraße an. Ein Fenster war erleuchtet. Günther soll Angst vor Einbrechern gehabt haben, aber Paul hat ihn mit dem Hinweis auf seinen Revolver beruhigt.

Vorsitzender: „Woher trugen Sie den Revolver bei sich?“

Kranz: „Ich wurde als Mitglied eines Wehrverbandes älters überfallen.“

Hildegard kam ihnen entgegen, etwas verlegen, wie es Kranz schien.

Die folgenden Vorgänge schildert der Angeklagte so, wie sie bereits bekannt sind: Hildegard ging auf Günthers Wunsch, um ihre 15jährige Freundin Ellinor Kati zu holen. Sie brachte aber

Die Schiedsrichte reaktionäre Verwaltungsreform und Schule

Aus Kreisen der Lehrerschaft erhalten wir folgende interessante Zuschrift, die die reaktionären Verwaltungspläne auf schulischem Gebiet beleuchtet: Das vor kurzem erschienene Gutachten des Präsidenten Schied vom Sächsischen Staatsrechnungshof über die Sächsische Verwaltungsreform hat offensichtlich die größte Aufmerksamkeit gefunden, und es ist verständlich, daß die beteiligten Kreise ihre Einwendungen geltend machen, würde doch die Durchführung dieses Reformplanes eine vollständige Umgestaltung in vielen Teilen des staatlichen Apparates bedeuten.

Vom Standpunkt der Schule aus muß es begrüßt werden, daß das Gutachten die Forderung der sächsischen Lehrerschaft nach Unterstellung des gesamten Bildungswesens unter das Kultusministerium zu der seinigen macht. Nur ist es schwer zu begreifen, daß Korrekturen, Winden, und Taubstummenanstalten davon ausgenommen und dem Innenministerium unterstellt werden sollen. Die Hauptaufgabe dieser Anstalten und Schulen ist doch die, ihren Insassen durch Betätigung und Ausbildung der ihnen verbliebenen Kräfte das Leben sinnvoll zu gestalten und sie nicht zu bloßen Objekten der Wohlthätigkeit zu machen. Die Kräfte, die an diesen Anstalten wirksam sind, müssen doch vor allem bedeutende pädagogische Kenntnisse und erzieherische Qualitäten haben.

Auch der Satz des Gutachtens, den Außenstellen selbst ist abzugeben, sich aus Schere von Verantwortung oder Unbestimmtheit der eigenen Entscheidung, zu der sie berufen wären, zu entziehen und diese durch Berichtstattung oder auf andere Weise an das Ministerium abzugeben, fordert bei der Lehrerschaft Befall. Sie konnte nach Durchführung der Selbstverwaltung in den Schulen zu der Ansicht kommen, daß durch ein Beispiel von Verantwortungstreue dieser Satz inspiriert sein könnte. Um so mehr ist sie erstaunt, als Vorschlag zur Verwaltungsreform die Forderung nach Wiedereinführung des Direktorsates zu finden. Eine sachliche Begründung für die Notwendigkeit dieser Maßnahme fehlt. Sie wird uns kurz als „wünschenswert“ bezeichnet, und hier kann dem Berichtsteller der Vorwurf einer schulpolitischen Einstellung nicht erspart bleiben, wenn er auch in der Einleitung seiner Schrift nur „streng sachliche und nicht politische Erwägungen“ als maßgebend für seine Vorschläge angibt. Es ist hier nötig zu fragen, wer das Direktorat einzuführen wünscht und in welchem Interesse das geschehen soll. Die Mehrheit der sächsischen Volksschullehrer hat diese Forderung als hemmend für die schulische Arbeit abgelehnt und die sächsische Lehrerschaft kann die Forderung des Schuldirektors nicht als vorbildlich erkennen. Daß man diese Forderung ausgerechnet in einer Schrift zu finden ist, die Worte zur Erparung des Staatshaushalts enthält, muß mindestens als unlogisch empfunden werden. Denn es ist doch selbstverständlich, daß die neuen Aufgabebereiche, die für die Schule nur Doppelaufgaben bedeuten, gehalten über den Lehrer hinausgehen werden müssen, wie ja auch die Direktoren früher bei weitem besser bezahlt wurden als die Lehrer. Mit Einführung der Selbstverwaltung hat die Lehrerschaft einen großen Teil der Verwaltungssache übernommen, ohne daß der Staat dadurch finanziell belastet wird, wie das unter dem Direktorat der Fall war. Aber diese Forderung ist ein der Rechtsparade. Bei dem Satz: „Besonders wird das Augenmerk darauf zu richten sein, daß grundsätzlich die sachverständige Stelle auch die Entscheidung haben möchte und die Mitwirkung kollektiver, vielfältiger Ausschüsse, die jetzt vielfach vorgeschrieben ist, auf das unbedingt nötige Maß beschränkt wird“, hat der Verfasser die Selbstverwaltung mit im Auge, die damit erledigt werden könnten. Selbst nach dem Ausspruch des Kultusministeriums Dr. Kähler haben sich diese Organe der Selbstverwaltung durchaus bewährt. Sie als förmlich überhandnehmend nicht entschädigt werden und dafür nur eine Ermäßigung von wenigen Pfundstunden erhalten. Umgekehrt würde die Ermäßigung nur einen geringen Teil der neuen Direktorengelder bedeuten. Daß die Wiedereinführung des Direktorats den Staat nur belasten würde, zeigt sich auch noch in den besonderen Angaben, die rechtlich den früheren Direktoren gezahlt werden müssen, während ihre Arbeit dieselbe eines Lehrers oder Schulleiters ist, der feinerer Amtsalagen erhält.

In einer Schrift, die verfaßt wurde, um Möglichkeiten für Erparungen im Staatshaushalt wahrzunehmen, dürfte also von Abbau der Selbstverwaltung in der Schule nicht die Rede sein.

Auch in der Frage der akademischen Lehrerbildung neigt der Verfasser dem Standpunkt des bekannenen Gegners der akademischen Lehrerbildung, Dr. Böhm, zu, indem er den Satz schreibt: „Dazu, ob die Finanzlage eine derartige Entwidlung zuläßt und unter dem Zwange der Verhältnisse nicht auch Staatseinstellungen (hier: akademische Lehrerbildung) eingeführt werden müssen, die heute noch als unantastbar angesehen werden, wird seitens der Regierung Stellung zu nehmen sein.“ Die Lehrerschaft muß natürlich diese Stellungnahme aufs schärfste ablehnen. Man kann auch nicht Summen, die erst in 40 Jahren in den Staatshaushalt einzuführen sind, bereits heute verwenden, um die Notwendigkeit einer Reform, die jetzt in Aussicht genommen ist, zu begründen. Schied tut dies, indem er die Summen, die nach vollkommener Durchführung der akademischen Lehrerbildung (in 40 Jahren) nötig sein werden, in Anführung bringt. Protestieren muß sie aber, wenn auch eine Vergrößerung der Wohnstundenzahl und eine Erhöhung der Klassenstärke in Erwägung gezogen wird. Die Forderungen, die Wirtschaft und Gesellschaft von heute an den einzelnen stellen, werden immer höher, der Verfasser selbst anerkennt das, nur bemerkt er, ob sie immer einem gebundenen sächsischen Bedürfnis entsprechen. Die Innungen und industriellen Werke werden sich von diesem Zweifel nicht abhalten lassen, von ihren Lehrlingen immer spezifischere Kenntnisse zu verlangen. Aus Gründen der „Sparsamkeit“ soll aber die Wohnstundenzahl vermindert werden. Um dieses abzumenden, hat die Lehrerschaft schon einmal persönliche Opfer gebracht, indem sie an Stelle der 28 Pfundstunden, die ihr nach dem Uebergangsgesetz zustehen, 30 auf sich nahm. Heute hat man das bereits vergessen und berechnet nicht die Summen, die dadurch dem Staate schon jahrelang erspart geblieben sind.

Im einzelnen wäre noch gegen manche Vorschläge des Gutachtens Verwahrung einzulegen, so gegen den Abbau der Internate an den Oberklassen, die es gerade dem Arbeiter- und Mittelstande vom Lande noch ermöglichen, ihren Kindern eine höhere Bildung zu geben, bei der Frage der Wohnstundenzahl, deren steigende Kosten bedenklich erscheinen. Es soll aber bei dem Besprochenen bleiben, um an den Fragen der Selbstverwaltung, der akademischen Lehrerbildung und der Stundenzahl zu zeigen, daß das Gutachten für die Entwicklung der Schule und des Lehrerstandes eine Gefahr bedeutet, die nicht ernst genug genommen werden kann.

Wirklich wünschenswert im Interesse des Staatshaushalts wäre es gewesen, wenn der Verfasser auch einige Worte zur Frage des geplanten Reichsdarlehens und seiner finanziellen Auswirkung für den Staat gesagt hätte. Hier wäre Gelegenheit gewesen, vor kommenden unproduktiven Ausgaben zu warnen. Daß dies nicht geschehen ist, läßt die Vorschläge der Schrift, die sich mit der Schule beschäftigen, als nicht frei von schulpolitischen Erwägungen erscheinen. In ihnen liegt die Gefahr, daß sie für die Zwecke des futuristischen Abbaues recht gut benutzt werden können.

Gasvergiftungen in einer deutschnationalen Versammlung

In einer Ortsgruppenversammlung der Masowier Deutschnationalen erkrankten etwa 10 Versammlungsteilnehmer während eines Vortrages des Landtagsabgeordneten Dr. Strehlitz. Zweck sei die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Willmann vom Stuhle, folgte der Stadtschreiber Hedelmann, dann traten bei einer ganzen Anzahl Chamaikankranke auf. Sofort war ein „Attentat“ entdeckt, und man konstruierte und phan-

tasierete drauf los — unter Einwirkung des Kohlenoxydgases, das, wie durch die herbeigeleitete Polizei und Feuerwehr festgestellt wurde, einem der beiden Oefen entströmte, die sich im Zimmer befanden. Die Erkrankungen sind sämtlich relativ harmlos.

Schwere Kammetierschäden. Am Sonnabend und Sonntag ging über ganz Deutschland, insbesondere aber über Sachsen und Ostfalen, ein heftiger Nordweststurm mit gewitterartigen Erscheinungen hinweg. Schwere Schäden, insbesondere Verkehrsstörungen, traten überall ein. An vielen Orten Dresdens wurden vom Sturm die Dachziegel herausgerissen. Bäume wurden entwarzelt, in Aretol wurde im Carolinhof der obere Teil des Kühlturms zum Einsturz gebracht. Besonders gefährlich wirkte sich der Sturm für die Eisbühnen aus. Nur durch großer Mühe und Not gelang es den Schiffern, ihre talwärts fahrenden Rähne vor einem Zusammenstoß mit den Brückenpfeilern zu bewahren.

Die Tätigkeit der Feuerwehr. Die Feuerwehr wurde am Freitag 10.25 Uhr nach Kamellenstraße 19, wo in einer Küche des 3. Stockes Feuerungsmaterial durch Herausfallen von Funken aus der Feuerung in Brand geraten war, gerufen. Zu Hilfeleistungen wurde ausgerufen; 15.21 Uhr nach Reilsstraße 1, 16.27 Uhr nach Postlandplatz 2, 19.51 Uhr nach Waldparade 5, 4.38 Uhr nach Postreiner Straße 2, 4.34 Uhr nach der Bauherren-Parkstraße, Schloß Ebersberg, 6.38 Uhr nach der Wenzelschen Straße. In ersten Falle mußte ein mit Kohlen beladener Anhänger eines Kraftwagens, der in der Straße einlenkte, es sich um eine Feuerlöschhilfeleistung an einer 6-jährigen Witwe. Die Wiederbelebungsgenerische blieben ohne Erfolg. Im dritten Falle handelte es sich um eine Feuerlöschhilfeleistung an einem verunglückten 5-jährigen Knaben, die nach 25 Minuten Erfolg hatte. Im vierten Falle war ein etwa 6 Meter hoher dreieckiger Schornstein umgebrochen und hatte das Dach durchschlagen und den Pflaster nach einer Küche im 4. Stock eingedrückt. Die Trümmer wurden beseitigt. Im fünften Falle mußte ein umgeknurrter Baum, der auf der Starkstromleitung lag, beseitigt werden, und im letzten Falle wurde ein vom Sturm umgebrochener Baum von der Straße beseitigt.

Opernvorstellung im Vereinshaus

Am Mittwoch dem 15. Februar, 1930 Uhr, findet im Vereinshaus ein Konzert des Moskauer Geigers Serebrennikoff. Er spielt Tartini's G-Moll-Sonate, Bach, Paganini, Smetana, eine eigene Komposition. Wieder aus meinen Gefühlsreisen, und ruhige Volks- und Jodellieder, bearbeitet von Virginia Ickhantowitsch-Seremus. Die Eintritte sind im Verhältnis zu den Anstößen so niedrig gehalten, daß sich jeder Vereinstätige den Besuch dieses Konzertes erlauben kann. Eintrittskarten sind bei allen Funktionären der Kassen Hilfe und an der Abendkasse erhältlich.

Aus der großen Reihe der Vorfälle über den Künstler sei eine besonders treffende aus der Neuen Leipziger Zeitung wiedergegeben. Diese schreibt: „Seremus spielte mit ganzer Seele und einer weltumspannenden Liebe. Die Wiedergabe des ukrainischen Volksliedes, das B. Gröner und Knorr zu Variationen bespielte und das Seremus als das Stübchen der lebenden Menschheit erklärte, gewann ihm die Herzen im Sturm.“

Einbruch — Diebstahl. In der Nacht zum 10. Februar wurden aus einem Friseurgeschäft auf der Steinstraße noch eingeschlagen der Schaufensterheibe 4 Tugend vertrieben.

Organisiert die Hausangehörigen!

Eine Mahnung an alle Verantwortlichen — ein Appell an die Hausklassen
Von einer Massenbewegten Hausangehörigen.

Als vor einem Jahr der kommunikalische Jugendverband zum wiederholten Male die Forderung aufstellte: „Sinn in die freien Gewerkschaften“, folgte ich diesem Rufe, allerdings ungerne, da ich auf Grund einer falligen Auffassung von der Gewerkschaftsarbeit „nichts“ von dem Hausangehörigenverband „erhoffte“. Ich zweifelte an einem Vorwärtkommen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet mit den „Dienstmädchen“. Am 1. Januar 1927 trat ich denn ein. Nach dreierlei Jahr erhielt ich die erste Einladung zu einer Versammlung. Als ich bei meinem Kassierer anfragte, ob man vielleicht vergelten habe, mich früher schon einzuladen, erhielt ich als Antwort, das wäre nicht der Fall, im Sommer fänden keine Versammlungen statt, erst wieder im Winter. Kollege Grubel, Vorsitzender im Deutschen Verbandsrat, hielt in dieser Versammlung das Referat über „Rechte und Pflichten der Hausangehörigen“. Anwesend waren 18 Kolleginnen. Besonders groß waren die Klagen über die schlechte Behandlung von Seiten der Herrschaften, und Fragen, was der Verband zu tun gedächte, um uns ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. „Nun“, meinte Kollege Grubel, „wenn ihr 2000 Hausangehörigen alle in unserem Verband organisiert wäret, könnten wir euch mit Reichthümern mehr Freiheit und bessere Löhne verschaffen. Aber so sind nur 800 im Verband, den anderen geht es wahrscheinlich noch zu gut. Also ihr seht, es liegt nicht an uns.“ Auf diese Aussage hin meldete ich mich zum Wort. Ich sagte dem Herrn, daß es schon möglich wäre, etwas für uns herauszubekommen; natürlich bei einer einzigen Versammlung im Jahre ist das unmöglich; wir können nur da an unsere Kolleginnen herantreten, sie aufzuredern, mit uns zu kämpfen, damit ihre elenden Verhältnisse etwas gebessert würden. Es liegt nicht an uns, denn wir sollen ja erst durch die Führer zu Massenbewegten Denken erziehen werden, sondern hauptsächlich an der Tätigkeit des Verbandes, der es nicht für nötig hält, sich mehr Zeit zur Aufklärungsarbeit zu nehmen. Ob dies gewillt hatte? Am 31. Januar 1928 hatten wir schon wieder eine Versammlung mit demselben Thema. Anwesend waren ungefähr 25. Ich stellte einen Antrag, der verlangte, alle 4 Wochen eine Versammlung abzuhalten, womit die Kolleginnen einverstanden waren. Wir stellten einige — meines Erachtens sehr bescheidene — Forderungen; die Kollege Grubel dem Arbeitsamt zu übergeben versprach; findet er dort keinen Anklang, will Kollege Grubel sich an die Stadterzeugnisse wenden. Weiter verlangten wir am Schluß der Versammlung, das nächstemal nicht wieder den ganzen Abend über „Rechte und Pflichten“ zu sprechen, über die kommende Reichstagswahl ließe sich doch auch reden. Schließlich machte uns Kollege Grubel den Vorschlag, das nächstemal über „Frauenthätigkeiten“ zu sprechen. Dem wurde auch zugestimmt.

Unter den Mädeln, die anwesend waren, fiel mir besonders eine auf wegen ihres lebhaften Interesses, das sie zeigte. Sie trug ein Abzeichen vom Arbeiter-Sport-Berein. Beim Nachhausegehen beglückte ich, mit ihr ins Gespräch zu kommen, was mir auch gelang. Wir unterhielten uns über den Abend. Schließlich fragte ich sie, ob sie schon lange im Arbeiter-Sport-Berein ist und wo. Sie sagte mir, schon lange Jahre in Johannstadt. „Weberhaupt“, sagte sie weiter, „ich bin langjährig organisierte Arbeiterin. Mein Vater ist ein Deutschnationaler, ein kleiner Beamter, er rechnet sich nicht zu uns. Ich bin bis jetzt Mitglied der SPD, habe deshalb von zu Hause fortgewandt und bin in Eile zum SPD gegangen. Unterliegen lassen wollte ich mich nicht. Jetzt aber der bin ich übergetreten zur KPD. Ich habe jetzt erkannt, daß nur die KPD die Arbeiterpartei ist, die die Interessen aller Arbeiter vertritt. Ich bin

farbige Herren- und Damenstrümpfe aus Baumwolle, Seide und Nior geblieben. Der Fater hat bei der Tat ein 78 Centimeter langes, 8 Millimeter hartes Kündchen, mit angenehmer Wellen und Haken versehen, verwendet. — Weiter wurde in derselben Nacht in einem Klassenzimmer der 32. Volksschule auf der Hofmannstraße des Pakt erbrochen und daraus ein größerer Geldbetrag entwendet. Am Tatort wurde eine Zimmermannsäge, auf der die Endbuchstaben „JH“ zu lesen sind, zurückgelassen. Die Einbruchswerkzeuge liegen im Polizeipräsidium. Ammer Nr. 74, zur Ansicht aus. — Ferner wurde in der Nacht zum 4. oder 5. Februar aus einer Wollwarenfabrik auf der Pödenbacher Straße durch Einbruchdiebstahl eine größere Menge buntdruckfarbige, buntfarbige Schläpfer, Prinzgrößen und Domböhlen gestohlen.

„Gefangenenerfolter“ in Sowjetrußland

Schauderromane berichten so oft bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen aus Georgien, Armenien und anderen Gouvernements der Sozialistischen Sowjetrepublik.

Der Oberregierungsrat Hugo Jakobson hat mit menschewistischen Gefangenen in Georgien in russischer Sprache gesprochen, da er dieselbe gut beherrscht. Es kann also hier nicht gelagt werden, der Dolmetscher hätte falsch übersetzt.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat Jakobson ermahnt, in seinen Lichtbildvorträgen in Dresden speziell mit einzugehen auf seine Ergebnisse in Georgien und seine Unterredungen mit den Menschewitsch. Er hat dem auch zugestimmt.

Wer also die Wahrheit über die „Gefangenenerfolter“ hören will, besuche die Lichtbildvorträge über Sowjetrußland. Sie finden statt:

Dresden-Neustadt: Dienstag den 11. Februar, 20 Uhr, Saalhaus, Baujahr Straße.

Dresden-Cölln: Mittwoch den 13. Februar, 20 Uhr, im Bürgergarten.

Genossen in den Betrieben, fordert die sozialdemokratischen Arbeiter sowie die Parteifolien auf, an diesen Lichtbildvorträgen teilzunehmen und erhebt selbst.

Strassenbahnunfälle. Am Dienstag den 11. Februar werden folgende Haltestellenveränderungen durchgeführt: Linie 10, 15 und 17: Für die Haltestelle „Johanni“ auf der Leipziger Straße wird für die Fahrtrichtung stadwärts eine besondere Haltestelle am Kandelaber 30 eingerichtet. Die Haltestelle „Kandelaber Platz“ wird ebenfalls getrennt. Für die Fahrtrichtung stadwärts bleibt sie an der jetzigen Stelle, während sie stadwärts vor die Kreuzung verlegt wird. Linie 12: Auf der Trachenberger Straße wird die Haltestelle „Marienhof“ und „Trachenberger Straße“ etwa 30 Meter weiter stadwärts verlegt. Linie 19: Die Haltestelle „Mühlweg“ auf der Homburger Straße wird für beide Fahrtrichtungen vor die Straßentransung verlegt.

Folgen übertriebener Anforaserei

Folgen. Auf der Landstraße zwischen Fischbörwerda und Tausen fuhr ein Privatauto mit voller Wucht in den Straßengraben und wurde abgedrückt. Der Chauffeur erlitt erhebliche Verletzungen. Wenige Stunden später ereignete sich ein weiterer Unfall. Ein Fabrikant trieb seinen Chauffeur zur Eile an. In der sehr gefährlichen Kurve bei Goldbach wollte dieser zwischen einem Bergedorfer und einem entgegenkommenden Schnellkraftwagen durchfahren. Die Limousine streifte den Kraftwagen, wurde fast beschädigt und nahm das linke Vorderrad deselben mit. Beide Wagen waren sehr heftig zertrümmert. Der Besitzer des Privatautos war durch den plötzlichen Aufprall vom Rücksitz durch die Windscheibe getrieben worden und hat schwere Schnittwunden davongetragen.

begeistert von Sowjetrußland und erkenne, daß dort der Sozialismus aufgebaut wird. Voriges Jahr habe ich bei der SPD den 1. Mai gefeiert. Diesmal feierte ich den 1. Mai mit der KPD.“

Alle anderen Mädel, die mit uns gegangen waren, hatten sich zugehört. Ich war so überrascht von alledem, ein so aufgeklärtes Dienstmädchen vor mir zu sehen, nicht nur Kollektin, sondern auch Genossin. Als ich erzählte, daß ich auch Mitglied der KPD war und jetzt übergetreten bin zur Partei und in der KPD, reichte sie mir voll Freude die Hände. Und wir gelobten uns, noch einen Tag im Verband alles daran zu setzen und die Mädeln aufzuklären, so wie es in unseren Kräfte liegt, damit wir auch im Hausangehörigenverband einen Fortschritt in klassenempfindlichem Sinne zu verzeichnen haben. An euch, Genossinnen, richten wir die Bitte: unterstützt uns in unserem Kampf.

Sozialdemokraten und Bürgertum Arm in Arm

Heidenau. In der am 6. Februar stattgefundenen Stadterzeugnisse konnte die deutsche Einheitsfront zwischen Bürgerlichen und SPD wieder einmal festgelegt werden. Auf die Aufforderung der kommunikalischen Fraktion an die SPD, die bestehende Arbeitermehrheit wie im Vorjahr bei der Vorwahlen auszunutzen, erklärte die SPD, nach demokratischem Prinzip verfahren zu müssen (um den Bürgerlichen für erhaltene Dienstleistungen den 2. Stellvertreter zuzuschicken — siehe Bürgermeisters- und Stadtratswahlen —). Bei der Wahl des Vorstehers — vorgeschlagen war von der KPD Genosse Beyer — gibt Herr Drechsel (SPD) bekannt, daß sich keine Fraktion der Stimme enthalte, worauf Herr Kathe (bürgerl.) erklärt, daß keine Fraktion des gleichen tun müsse, da sie sich nicht mit der Geschäftsführung einverstanden erklären könne. Genosse Beyer in seiner Ansicht nach nicht diktatorisch genug gegen die Führer vorgegangen, wenn sie ihrer berechtigten Erregung einmal Luft machten. Genosse Gleisberg gab in treffenden Worten zu verstehen, daß es für einen Kommunisten keine Ehre sei, von einem bürgerlichen Vertreter die Stimme zu erhalten. In der Abstimmung wird Genosse Beyer mit den Stimmen der Kommunisten als Vorsteher wiedergewählt. Als 1. Stellvertreter wird der von der SPD vorgeschlagene Herr Schreiber einstimmig gewählt. Zum 2. Stellvertreter sind vorgeschlagen Genosse Günther und Herr Mann (bürgerl.). Gewählt wird Herr Mann mit Hilfe der SPD. Darüber große Erregung im Stadterraum. Beim nächsten Tagesordnungspunkt wird der Einspruch des Stadtrates gegen den Beschluß über die Erhaltung der Fürsorgeunterstützungen an Saisonarbeiter behandelt. Herr Drechsel plädiert für Aufhebung des Beschlusses, dem sich Herr Binneweg (bürgerl.) anschließt und erklärt, daß ja die dreiwöchige Karenzzeit für Saisonarbeiter auf eine Woche herabgedrückt sei und somit nur noch drei Tage Differenz zwischen der der Saisonarbeiter und der der anderen Erwerblosen besteht, was sich durch die höhere Unterstützung der erkrankten wieder ausgleiche (er kennt ja das Stempelgebühren nicht!). Nach längerer und sehr erregter Debatte wird die Aufhebung des Beschlusses gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. Der Vorschlag des Finanzauschusses: die Güterbahnstrasse zu beplantern, wird einstimmig angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, die Fußwege derselben gleich mit einzurichten, an den Ausschuss verwiesen. Nachdem Herr Bürgermeister Gröber noch baldige und eingehende Verbesserungen der Heidenauer Straßenverhältnisse versprochen hat und noch einige Anfragen und Mitteilungen erledigt sind, tritt man in die nächstfolgende Sitzung ein.

An die werktätige Jugend Sachsens!

Die Wahrheit über die Ausstellung „Das junge Deutschland“

Jugendproletariat! Genossen der sozialistischen Jugendverbände! Seit Tagen wird in Leipzig der Jugend eine Ausstellung „Das junge Deutschland“ gezeigt, die große Beachtung verdient. Unter dem Deckmantel der „Fürsorge und Pflege der Jugend“ wird dort durch die Aussteller in schamloser und verlogener Weise Propaganda für großkapitalistische Ausbeuter-Interessen, für nationalitätlich-militaristische Zwecke und für religiöse Jugendverdrummung gemacht. Darum verlangt die Ausstellung außerordentlich kritisches Betrachten der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter. Aus den Tabellen und plastischen Darstellungen spricht für den Proletariat das Gegenteil von dem, was gezeigt werden soll. Sie haben selbst hinzuzufügen, was von den Ausstellern bemerkt verschwiegen wird.

Wer sind die Veranstalter?

Der Reichsausschuh der Deutschen Jugendverbände und die ihm angegliederten Organisationen! Als im Jahre 1919 die deutsche Bourgeoisie vor den revolutionären Bewegungen des Proletariats zitterte, suchte sie die proletarische Jugend ihren Klasseninteressen zu entfremden und durch eine überparteiliche Zusammenfassung in den Dienst der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu stellen. Sie schuf zu diesem Zwecke den „RDJ“ und fand mit ihrem Volksgemeinschafts-Bedenken den bürgerliche, zum größten Teil erregte, nationalitätliche und freigewerkschaftlichen Jugendführer. Dem RDJ gehören heute 91 bürgerliche, zum größten Teil erregte, nationalitätliche und konfessionelle Organisationen, wie Bismarck-Jugend, Königin Luise-Bund, katholische und evangelische Jugendbünde und vier sozialdemokratisch orientierte Verbände (die SWJ, die Freie sozialistische Jugend, der Touristenverein Naturfreunde und die Jugend-Sektion des RDJ) an.

Der Reichsausschuh der Deutschen Jugendverbände stellte sich folgende vier Hauptaufgaben:

1. Herstellung der Volksgemeinschaft durch Zusammenarbeit der Jugendführer der verschiedensten Richtungen.
2. Aufstellung und Durchführung eines Freizeitprogramms, welches u. a. eine Höchstleistungszeit von 48 Stunden wöchentlich für Jugendliche, drei Wochen Ferien für 14-16jährige fordert.
3. Gute Ausgestaltung der Freizeit der Jugendlichen durch die einzelnen angeschlossenen Jugendorganisationen.
4. Anträge auf Unterstützungen und Vergünstigungen an Reichs-, Länderbehörden und Gemeinden.

Von einigen Blättern und Eingaben an die Parlamente abgesehen, hat der RDJ bis heute noch nichts zur Durchführung der wichtigsten Forderungen, (zum Beispiel über die Freizeit der Jugend), unternommen. Die mit großem Pomp 1925 in Kassel abgehaltene „Freizeit-Tagung“ des RDJ war nur ein Täuschungsmittel, dazu bestimmt, die rebellierenden proletarischen Mitglieder an die bürgerlichen Jugendbestrebungen zu fesseln. Wie wenig ernst dem RDJ seine Forderungen selbst sind, beweist ein Brief vom Oktober 1923, der während der Ruhrbesetzung von den Leitern derselben an die Reichstags-Fraktion geschrieben wurde. In dem Aufruf, der vom Sozialpolitiker Dillenhauer, dem Vorsitzenden der SWJ, unterzeichnet war, heißt es:

„Der Ausschuh erkennt, daß die gegenwärtige Notlage auch von der Jugend Opfer fordert. ... Wir verzichten in Anbetracht der Notlage unseres Volkes darauf, diese (die Jugend-) Forderungen bei der Beratung des Arbeitszeit-Gesetzes zu erheben, möchten aber darum bitten, daß die Schulpflicht für Jugendliche allgemein auf 18 Jahre festgelegt wird.“

Der Prolet der Industriemänner ging damals also, wie heute, dem RDJ und seinen sozialistischen Jugendführern unter allen Umständen der Arbeitszeitforderung der Jugendlichen vor. Und so ist es mit allen Forderungen, die die Jugend gegen bürgerlichen Staat und Unternehmertum erhebt.

Wer sind die Hintermänner?

In den von der Ausstellungsektion herausgegebenen Broschüren werden die der Reihe nach aufgeführt: der Reichsminister des Innern, der Reichsarbeitsminister, das Staatliche Reichamt, das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, die Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände, kirchliche Behörden und bürgerliche „Wohlfahrts“-Institutionen. Eine prachtvolle Galerie von Ministern und Behördenleitern (die Ausstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit). Dem Reichsinnenministerium steht bekanntlich der berühmteste deutsch-nationale Geschichtsfreund v. Reuders bevor, der kein besonderes Interesse an der Jugend durch das reaktionäre Reichsamt und andere reaktionäre Vorlagen bemies. Die sächsische Bürgerklub-Regierung zeichnet mit verantwortlich, die erst vor kurzem den reaktionären Erlaß gegen jede politische und schulpolitische Betätigung der Schüler und Lehrer erließ, wodurch sie praktisch die berichtigten Paragraphen des alten Reichsvertrages-Gesetzes wieder einführte. Diese Stellen glauben ihre reaktionären Absichten vor der Jugend dadurch verbergen zu können, daß sie eine, zwei Jugendburgen einrichten oder wenige zehntausend Mark für Jugend-Fürsorgezwecke zur Verfügung stellen, und versuchen jetzt durch eine verlogene Ausstellung, mit solchen statistischen Tabellen, erneut die Jugend irre zu führen. Insbesondere versuchen sie mit der Piraterie von der „Einigung der Jugend“ und der „Vorläufigkeit dieser Einigung für die Erwachsenen“ die arbeitende Jugend für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Das sagte der berühmte Leipziger Oberbürgermeister Dr. Rothe bei seiner Eröffnungsansprache mit aller Deutlichkeit.

Die Jugend aller Richtungen ohne Ansehung der Weltanschauung und Organisation wendet sich mahnend an die Generation der Erwachsenen. Worin die Mahnung besteht, wir wissen es: „Hinweg mit der Zerrissenheit unseres Volkes! Her mit der Volksgemeinschaft!“

Das ist der Geist vom August 1914, mit dem das deutsche Proletariat nach vollendetem Verrat der reformistischen Führer in den letzten Weltkrieg geführt wurde. Derselbe Wahnvorstellung in der gegenwärtigen Situation drohender imperialistischer Kriegsgeschichte und wachsender Verelendung des Proletariats der deutschen Bourgeoisie wieder vor. Sie versucht aber, diese Piraterie der Jugend so begrifflich zu machen, daß die Absichten der Ausbeuter und imperialistischen Kriegstreiber nicht zu deutlich werden.

Darum erfindet sie eine neue Theorie vom Klassenkampf. Hören wir, was der spiritus rector des Sächsischen Landes-

auszuschließen. Ministerialrat Dr. Mayer, im sächsischen Organ des RDJ, darüber sagt:

„Stärker steht heute die Frage des Klassenkampfes im Vordergrund. Ist es möglich, daß Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, einer überbündigen Organisation angehören. Aus einer bestehenden Einigung zum Klassenkampf heraus wird hin und wieder die überbündige Organisation abgelehnt. Wer sich mit solcher Ablehnung auseinandersetzen will, der darf dies nicht vom Boden einer dem Klassenkampf fremden Ideologie tun. Darf nicht Volksgemeinschaft predigen, sondern muß zu beweisen versuchen, daß auch vom Boden des Klassenkampfes aus überbündige Organisationen zu bejahen sind. Gerade darum müssen wir uns bei unserer Auseinandersetzung mit der aufgeworfenen Frage gedanklich auf den Boden des Klassenkampfes stellen. Klassenkampf ist der Kampf um das Einrücken einer Klasse in die Gesellschaft, in die herrschende Schicht. Ist Kampf einer dieser Objekte der Geleitzgebung gewissen Klasse, um die altine Beteiligung an der Geleitzgebung. Dieser Klassenkampf hat mit Klassenhaß oder Klassenhete nichts zu tun.“

Diese Theorie ist keinesfalls neu. Wir haben sie schon vor Jahren aus dem Munde sozialdemokratischer Jugendführer gehört. Dieser Theorie entspricht auch die sozialdemokratische Praxis seit dem August 1914. Darin drückt sich plattlicher Reformismus aus und die Führer der sozialistischen Arbeiterjugend Dillenhauer, Wajale, Schröder und wie sie sonst heißen, verjagen heute in- und außerhalb des RDJ, auf diese Weise auf

die proletarische Jugend in ihren Verbänden einzuwirken. Weder in der Sprache noch in der Praxis unterscheiden sich hier bürgerliche von sozialdemokratischen Jugendführern. Was sie beide in Wahrheit wollen, sagt mit janzlicher Offenheit derselbe Ministerialrat Dr. Mayer über „Ziel und Richtung der Arbeit des RDJ“:

„Ueberbündliche Zusammenarbeit ist nicht eine Arbeit der mittleren, sondern der gemeinsamen Linie. Die Jugendverbände schämen sich durch eine solche Einstellung zueinander gegen zwei Gelehrten. Gegen die des Faschismus und des Bolschewismus.“

Wer glaubt den Mayer und Co. (mit Reuders, dem Faschistenfreund an der Spitze!) den Kampf gegen den Faschismus? Niemand! Bleibt als einziges Ziel des RDJ, der Kampf gegen den Bolschewismus!

Auch hier sind sich Sozialdemokraten und Bürgerliche einig. Diese Demagogen bedienen sich ausdrücklich der radikalen Propaganda, um desto sicherer auf die Jugend einzuwirken. Sie machen es wie ihre kaiserlichen Offiziere, die in der November-Revolution 1918 sich die Spauketten herunterziehen, eine rote Kofarde an die Hüfte befestigen, sich in den Soldatenrat wählen ließen, um durch diese Anpassung nicht den Einfluß und die Verbindung über die rebellierenden Soldaten zu verlieren. Mit dem Mäntelchen der politischen Neutralität und mit solchen ausgesprochen antirevolutionären Absichten und Praktiken versucht die vereinigte Reaktion Tausende von Jugendproletariaten ihrer Klasse und Weltanschauung zu entfremden, sie für imperialistische Kriege und die Generalauseinandersetzung mit der Sozialistischen Sowjet-Union reif zu machen. Das ist der Zweck der Ausstellung „Das junge Deutschland“!



Die soziale Lage der Jugend im Lichte der Jugendausstellung

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“ stellt sich drei Aufgaben: Die Darstellung der bevölkerungspolitischen, beruflichen, sozialen und gesundheitlichen Lage der erwerbstätigen Jugend, die Verwendung der Freizeit derselben und schließlich den Kulturmitteln der deutschen Jugend.

Ueber die wirkliche soziale Lage der Jugend sagt sie gar nichts. Die Tabellen fügen sich auf Betragen einer wie zu schmalen Schicht (0,6 Prozent) der jugendlichen Arbeiter Deutschlands und auch hier noch handelt es sich um Befragte, Beamte, Tabakfabrikanten. Arbeiterzeit fügen sich auf Angaben der Unternehmer, wie Siemens und A. S. B. Die Landwirtschaft fehlt vollkommen. Das Material ist trotz aller Entstellungen, Oberflächlichkeit und Verschönerung immerhin noch ansehnlich. (1) Man verneinende sich aber die wirklichen Zahlen über Ertrags- und Proletarierelend und bekommt dann erst einen ungefähren Begriff von der gegenwärtigen Lage der arbeitenden Jugend und man begreift die demokratische Absicht der Ausstellung. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Jugendlichen beträgt nicht nach den Zahlen der Ausstellung zehn Stunden, Urlaub erhalten nur 23,1 Prozent, von den männlich Ertrags überhaupt nicht. Jeder achte männliche und jede sechste weibliche Jugendliche leisten Sonntagsarbeit, trotzdem der Artikel 139 der Reichsverfassung das verbietet. Jeder fünfte Jugendliche hat kein eigenes Bett, jeder zehnte Jugendliche muß mit fremden Personen das Bett teilen. Diese Ausschüsse aus dem sozialen Elend der arbeitenden Jugend mögen genügen.

Wie die Großindustriellen berichten

Der größte Teil der sogenannten Sozial-Abteilung der Ausstellung steht im Zeichen des grünen „A“, das heißt er umschließt Ausstellungsmaterial des Reichsverbandes der Deutschen Industriellen. Ursprünglich hatten diese überhaupt nicht die Absicht, auszustellen. Die Komödie war ihnen zu harmlos. Dann ging ihnen aber doch ein Licht auf: Die Ausstellung taugt zur Massenverdrummung! Was die „Bereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ will, sagt sie in einem Rundschreiben wie folgt:

„Da die Ausstellungsektion in einem Schreiben an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Industrie zur Beteiligung an der Ausstellung aufgefordert hat, ist nach mehrfachen Vorgesprächen und Erörterungen die Geschäftsführung der Vereinigung vom Vorstand beauftragt worden, brauchbares Material aus den Kreisen der Industrie zu sammeln und zur Verfügung zu stellen, da eine grundsätzliche Ablehnung der Beteiligung bedenklich wäre. Es wird und muß erreicht werden, aus einzelnen Bezirken des Reiches einzelne Industriezweige und von einzelnen Firmen typische Beispiele dafür zu erlangen, daß die deutsche Industrie in freiwilliger Härtsorgleistung für ihre erwerbstätige Jugend über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, hervorragendes leistet und den Jugendlichen auch unabhängig von der Urlaubszeit, fortwährend weitergehende Erholungs- und Bildungsmöglichkeiten bietet.“

Dafür fordern dieselben Industriellen umso kräftiger Befreiung des staatlichen Arbeiters, Jugend- und Frauenschutzes, Einschränkung der staatlichen Sozial-Fürsorge. — Auch den harmlosesten, absolut unpolitischen Jugendlichen wird bei Betrachtung der Propagandablätter und der zur Schau gestellten Tabellen und plastischen Darstellungen deutlich, daß die Jugendlichen nur über ihr soziales Elend hinweggetäuscht und zu mißfährigen Werkzeugen der deutschen imperialistischen Kriegstreiber gemacht werden sollen.

Es ist kein Zufall, daß vor der Berliner Ausstellung „Das neue Deutschland“ ein Denkmal postiert war, das einen handgranatenwerfenden Stahlhelmer darstellte, mit der Unterschrift „Ihr Geist

lebt noch!“ Vor der Leipziger Ausstellung stand ein Flugzeug der Junkers-Werke als Vertörperung desselben imperialistisch-krigerischen Geistes, der unsere Jugend beherrschen soll. Der

Arbeitende Jugend, wehre dich dagegen!

Als die Ausstellung diesen kapitalistisch-imperialistischen Charakter bei ihrer erstmaligen Eröffnung in Berlin zeigte, lehnte die kommunistische Jugend mit ihrer Kritik ein. Sie wies den gefährlichen Charakter derselben nach und brandmarkte die Beteiligung gewannter sozialistischer Organisationen, die dieser Ausstellung in den Augen breiter Schichten der werktätigen Jugend erst zur Anerkennung verhalf. Die Leipziger reformistischen Instanzen haben, trotzdem die Berliner SWJ-Funktionäre aus dieser Erfahrung den Schluß zogen, den Austritt der SWJ, aus dem RDJ, zu verlangen, sich dennoch an der Leipziger Ausstellung beteiligt. Damit erweist sich, daß die Schröder und Wolf, trotz ihrer radikalen Propaganda sich in nichts von den Dillenhauer und Wajale vom Hauptvorstand unterscheiden.

Mit Empörung sah auch ein Teil der Leipziger Jungsozialisten und Arbeiterportier die Ausstellung und empfand die Beteiligung ihrer Organisationen als Schimpf.

Den Arbeiterportieren, die zwar nicht dem Reichsausschuh angeschlossene sind, die aber auf Beschluß der Bundesleitung neben den deutschen Turnvereinen mit ausstellen, wurde sogar zugemutet, ihre Denke „Jugend, treibt nur in diesem Zeichen Sport!“ abzuändern, so daß oppositionelle Jungproletariat darum von ihrem Austritt aus dem Reichsausschuh und Zurückziehung ihrer Ausstellungs-Objekte verlangten, weil sie sich nicht länger als Ausschüßel von verblödeten Reaktionen, offenen Faschisten und Höflichen mißbrauchen lassen wollen.

So beschloßen die Arbeiter-Turnvereine von Mödern und Modau, die Gruppen der SWJ, Taucha und Schönefeld und die Generalversammlung des Touristenvereins „Naturfreunde“ Leipzig den Austritt ihrer Bezirksorganisationen aus dem RDJ, und der Ausstellung.

Diese Genossen haben erkannt, daß die Stellung der kommunistischen Organisationen gegen den Reichsausschuh und seine Ausstellung „Das junge Deutschland“ richtig war. Sie haben sich überzeugt, daß es zwischen Ausbeuteten und Ausbeutern nichts Gemeinsames geben kann. Diese Genossen wissen, daß jede Beteiligung am Volksgemeinschaftstummel des RDJ, und seiner Ausstellung die weitere Verflachung des deutschen Proletariats, der geistlichen und physischen Anbelung desselben und der Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und des Angriffskrieges gegen die sozialistische Sowjet-Union dient.

Der RDJ, wendet sich darum mit diesem Aufruf an alle Jungarbeiter in der SWJ, den Sektionen der freien Gewerkschaften, den Arbeiterport- und Kultur-Organisationen des Proletariats und fordert sie auf, Front zu machen gegen den schändlichen Versuch, die arbeitende Jugend erneut der Reaktion auszuliefern. Nehmt euch ein Beispiel an den oppositionellen Jugendgenossen und erzwingt:

1. Sofortige Zurücknahme des Materials von der Ausstellung.
2. Herstellung einer gemeinsamen Front aller proletarischen Jugendorganisationen gegen den Jungdeutschlandstummel.
3. Sofortiger Austritt aus dem RDJ

RDJ.

Weiße Zähne: Chlorodont

Als treuer Chlorodont-Anhänger teile ich Ihnen folgendes unaufgefordert mit: „Da ich seit fünfzehn Jahren Ihr hochgeschätztes Zahnpflegemittel „Chlorodont“ gebrauche und nie ein anderes Mittel zur Pflege meiner Zähne verwendet habe, verdanke ich mein heute noch schneeweißes Gebiß nur Chlorodont. Alle meine Zähne besitze ich noch und kann mich auch keines Zahnwehs erinnern. Ich verbräute durchschnittlich eine große Tube in 4 Wochen und habe mir sogar ins Ausland mehrere Tuben nachsenden lassen, wenn ich dort Chlorodont nicht erhalten konnte.“ Singen, H. G. (Originalbrief, bei unserem Notar hinterlegt). — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Lassen Sie sich durch angeblich billigere Preise, dafür aber weniger Tubeninhalte, nicht irreführen. Verlangen Sie ausdrücklich echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Der Kampf um den Achtstundentag

Eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten

Am vergangenen Donnerstag fand im Sächsischen Landtag eine Anfrage der Sozialdemokraten über die Durchführung des Achtstundentages in den Staatlichen Betrieben zur Diskussion. Wir haben schon kurz im Bericht auf die Auseinandersetzung anderer Redner mit der SPD hingewiesen. Am Freitag versuchte die Volkszeitung eine Hez gegen die SPD zu entfalten. Besonders zieht sie die Heberstundenfrage in Russland auf. Wir haben schon in unserer Freitagsausgabe eine vergleichende Gegenüberstellung der Heberstundenfrage in Deutschland und Russland gebracht. Dem haben wir jetzt nichts hinzuzusetzen. Zu den anderen Behauptungen der SPD lassen wir hier die wichtigsten Ausführungen des

Genossen Renner

folgen:
Zwei Bemerkungen der letzten beiden Redner sind außerordentlich treffend für die Ideologie der Sozialdemokraten in Bezug auf die Auffassung über die Führung von Kämpfen.

Herr Abg. Siegnoth hat in seinen Schlussausführungen die Regierung gebeten, sie solle sich doch um die Durchführung der geringsten Arbeitszeit beim Tarifvertrag kümmern. Er will damit wahrscheinlich die Regierung von den Sächsischen Betrieben trennen und so den Anschein erwecken, als sei die sächsische Regierung nicht so mit den Sächsischen Betrieben verbunden, wie das tatsächlich der Fall ist, nämlich daß die Regierung fast ausschließlich der Unternehmung für die Sächsischen Werke ist. Diese Tatsache ist deswegen gravierend, weil darin ein Ton liegt, der sich für alle Eventualitäten auch in Zukunft alle Wege offen hält.

Die zweite Bemerkung hat Herr Abg. Renne gemacht. Er hat hier einen äußerst reaktionären Fragebogen vorgelegt, den die Direktion der Sächsischen Werke bei der Anstellung von Arbeitern ausgegeben hat, und hat dann, zur Regierung gewandt, erklärt, sie sei wohl selbst mit diesem Fragebogen nicht einverstanden. Das charakterisiert die Anträge, die die Sozialdemokraten gestellt haben, als Manöveranträge. Auch das, was Herr Abg. Renne über die Stellung des Ministers Dipinski (Dipinski war gegen die Einführung des Achtstundentages — d. R.) und der Sozialdemokratie in der Frage des Achtstundentages in den sächsischen Staatsbetrieben ausgeführt hat, und ich für notwendig halte, noch einmal zu unterstreichen, charakterisiert, was die Sozialdemokraten mit diesem Manöver des Achtstundentages überhaupt wollen: nichts weiter als Wahlagitiation betreiben. (Sehr wahr! d. R. Komm.) Und es ist sehr bezeichnend, daß sie jedesmal dann, wenn ihnen sachliche Argumente über ihre eigenen Handlungen im Spiegel gezeigt werden, mit einer wüsten Schimpferei antworten und auch hier geantwortet haben. Das zeigt doch nur, daß sie irgendwo getroffen sind und ihnen die Argumente ausgehen, um sachlich antworten zu können.

Wir haben von Anfang an, seit wir im Landtag sind, klar und deutlich die Stellung vertreten, daß die Herbeiführung der achtstündigen Arbeitszeit auch eine Aufgabe der Reichsregierung, nicht nur der Landesregierung, sondern auch der Reichsregierung ist. Die Regierungen der Volksbeauftragten wie die Reichsregierungen, wo die Sozialdemokraten einen entscheidenden Einfluß hatten, haben es verabsäumt, den Achtstundentag zu einer gesetzlichen Maßnahme zu erheben (Sehr richtig! d. R. Komm.), denn die Verordnung über den Achtstundentag hat keine bindende Verpflichtung. Im Grunde genommen deutet sich die Gewerkschaftspolitik der Sozialdemokraten mit der Gewerkschaftspolitik, wie sie von der Allsozialdemokratischen Partei gemacht wird, und ich betone noch einmal, deutet sich die Regierungspolitik der Sozialdemokraten allerorten, wo sie in der Regierung sind, mit der Regierungspolitik der Allsozialdemokraten, (Sehr wahr! d. R. Komm.) Wirklich bemühen sich die Sozialdemokraten sogar, an einigen Stellen darüber hinauszuweisen. (Zuruf d. R. Komm.: Preußen!)

Nun hat Herr Abg. Renne aber eine Theorie sowohl über den Achtstundentag als auch über die Staatsbetriebe aufgestellt. Da muß ich allerdings sagen, daß eine solche Theorie über den Achtstundentag, daß der Achtstundentag nicht durchgeführt werden könnte in den Staatsbetrieben, solange in den Privatbetrieben noch länger gearbeitet würde, weil dann die Staatsbetriebe nicht mehr konkurrenzfähig wären, die beste Propagandarede für die Industriellen ist.

Dann hat Herr Renne die Frage aufgeworfen, ob Staatsbetriebe sozialistische Betriebe sind. Ob Staatsbetriebe sozialistische Betriebe oder ob sie kapitalistische Betriebe sind wie die sächsischen Betriebe, hängt sowohl von der gesamten ökonomischen als auch von der politischen Struktur im Staate ab. Nach Karl Marx und der Auffassung aller Marxisten können Staatsbetriebe erst dann sozialistische Betriebe sein,

wenn sie auf dem Boden der proletarischen Macht entstehen, nicht eher und nicht später.

Nun hat sich die Regierung auf den Tarifvertrag berufen, die Sozialdemokraten aber bezeichnenderweise auch. Aber diese

lagen, dieser Tarifvertrag ist doch von den Gewerkschaften selbst nicht freiwillig unterzeichnet worden, sondern auf Grund des Schlichtungspruchs zustande gekommen. Richtig! Aber das zeigt doch immer für die gewerkschaftliche Schlichtungspraxis eingetreten;

in dieser Linie treffen sie sich auf einmal wieder mit Herrn Siegnoth, sie tun nichts, um diese Schlichtungspraxis zu befestigen, im Gegenteil, sie rufen selbst den Schlichter an, statt gegen die Verbindlichkeitsverpflichtungen der Schlichtungspraxis anzukämpfen. Und die Gewerkschaftsführer haben die Entscheidung, in der sie sich verbeten haben, daß im Sächsischen Landtag zur achtstündigen Arbeitszeit Stellung genommen wird, wenn ich mich recht entsinne, gerade in Bezug auf die Sächsischen Werke angenommen. (Abg. Renne: Ja wohl, ich habe mich selbst zum Wort gemeldet!) Es ist also ein sehr hartes Doppelspiel, wenn dieselben Gewerkschaftsführer, die diese Entscheidung mitgenommen haben, heute auftreten und entgegen ihrem Versprechen in den Gewerkschaften jetzt eine solche Stellung einnehmen, wie das hier geschehen ist. Und dann lagern die Sozialdemokraten, dieser Schlichtungspraxis sei ihnen aufzugesungen worden. Es hat aber schon mehrfach die Frage der Kämpfe der Bergarbeiter in den Sächsischen Betrieben zur Debatte geklungen, da haben sie den Arbeitern empfohlen, diesen Schlichtungspraxis als günstigste Lösung anzunehmen, und zwar gegen die Forderungen der Opposition im Bergarbeiterverband, gegen die Stellung der Kommunisten in Pirchelde und Umgebung. (Abg. Müller, Mittweide: Warum zieht sich denn die Opposition nicht durch?) Die Oppo-

Sozialdemokraten über Russland

Mit Abischen wendet sich die Delegation von der Schwabacher des Delegierten Arthur Koch-Blichbach, der, als er von der Einheit kein Geld bekommen konnte, es sich durch diese Einschleifung verdient.

Aus dem Offenen Brief des sozialdemokratischen Russenbroschüriers.

ktion wird sich bei den Arbeitern schon noch durchsetzen, und über die Sozialdemokratie hinwegsehen: sie haben jetzt noch den härteren Einfluß, weil sie sich auf eine sechs Jahre alte Tradition stützen, die erst überwinden werden muß.

Die Arbeiter werden sie überwinden, weil sie ein genau so hartes, ja härteres Hemmnis auf dem Wege der Befreiung sind wie die ASP.

Wir werden sehen, wenn die Sozialdemokratische Partei im Reichstag in die Regierung gehen wird, wenn die Verhältnisse sich in Deutschland auf Grund der jetzt zugehenden Lage so ändern werden, daß man mit radikalen Maßnahmen nicht mehr ausreichen kann, sondern man auf Grund der Verhältnisse gezwungen wird, Schritte zu betreten. Dann werden 99 Prozent der hier stehenden sozialdemokratischen Fraktion den Weg der Alten Sozialdemokratischen Partei gehen. (Zuruf d. R. Komm.: Der Wunsch ist der Vater des Gedankens!) Da ist nicht der Wunsch der Vater des Gedankens, sondern wir wünschen, daß das Gros der Arbeiter zusammenkommt zum revolutionären Klassenkampf. Die Sozialdemokraten stellen die Frage des Kampfes nicht, sondern sie kommen und bitten die Regierung die sächsische Arbeitszeit zu nehmen, die in dem Tarifvertrag als mögliche Arbeitszeit vorgeschrieben ist, damit sie den Druck der Arbeiter los werden. Das charakterisiert ihre ganze Einstellung und zeigt, daß sie nicht marxistisch, nicht wirklich sozialistisch denken, sondern daß sie auf Grund der Arbeitsgemeinschaftspolitik sich vollständig zu Epigonen und Sklaven des Kapitals entwickeln, daß sie unaufhaltsam den Weg auf die rechte Seite marxistischer müssen.

In dieser politisch-ökonomischen Stellungnahme sind Siegnoth und die Sozialdemokraten gleiche Brüder mit gleichen Kappen, und man muß den Arbeitern bei einer solchen Frage sagen, daß, wenn sie den Achtstundentag wollen, sie den Kampf aufnehmen müssen gegen den Willen sozialdemokratischer Gewerkschafts- und SPD-Führer.

Ruhehohnverförgung der sächs. Gemeindefarbeiter

Vom Verband der Staats- und Gemeindefarbeiter wird uns geschrieben:

Die Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 8. 2. 1928 nahm u. a. auch zur Ruhehohnverförgung der Gemeindefarbeiter Stellung und beschloß einstimmig die Annahme nachstehender Entschlieung:

Die Generalversammlung vom 8. 2. 1928 protestiert auf das schärfste gegen das Verhalten der sächsischen Regierung und des

Landtages in Bezug auf weitere Verschlechterung der Ruhehohnverförgung der Gemeindefarbeiter und auch dagegen, daß die beschlossenen Richtlinien eine bessere Ausgestaltung zu unterbinden beabsichtigen. Der Vorwurf der absichtlichen Veranbarung der bittersten Notlage der Ruhehohnverförgung trifft nicht nur diejenigen politischen Parteien, durch die das Zustandekommen von Richtlinien ermöglicht wurde, sondern auch den größten Teil von Stadtverwaltungen, die nicht wissen sind, gegen weitere Verschlechterung des Selbstverwaltungsrechtes der Regierung den Kampf anzulegen. Nur dann, wenn es sich nicht um Arbeiterinteressen handelt, wird für die Ausbreitung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden geschrieben und gesprochen. Die Generalversammlung verpflichtet sich, nicht eher zu ruhen, bis diese Anhebung beseitigt ist. Von den Verbandesförperschaften wird erwartet, daß sie wie bisher den schärfsten Kampf führen.

Arbeitszeit des Dresdner städt. Pflegepersonals

Die Generalversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nahm zu den Dienstverhältnissen des Pflegepersonals Stellung und beschloß die Annahme nachstehender Entschlieung:

Die Generalversammlung vom 8. 2. 1928 stellt mit Entschlieung fest, daß der jährliche Kampf des Pflegepersonals um Verkürzung der überlangen Arbeitszeit durch das Verhalten des Rates immer noch nicht zu einem tragbaren Ergebnis gelangt ist. Wenn heute die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Dresdner städtischen Krankenanstalten in der Woche noch bis zu 60 Stunden und teilweise noch darüber hinaus beträgt, so liegt eine derartige Überlange und zermürbende Arbeitszeit weder im Interesse des Personals noch im Interesse der Kranken. Die Generalversammlung fordert das Pflegepersonal auf, unermüdet für Verkürzung der aufgestellten Forderung zu wirken und betont, daß die Bewegung nur dann zum Erfolg führen kann, wenn das gesamte Pflegepersonal weiter arbeitet, um sich reißlos in der Reichsaktion Gesundheitswesen zusammenzuschließen. Den kämpfenden Mitgliedern spricht die Generalversammlung die vollste Sympathie aus.

Sozialdemokraten als Kataken der ASP-Benzen

Was geht in der Filiale Jittau des DVB vor?

Mit welcher Raffinesse die Bureaufakten des DVB vorzugehen, um den Willen der Mitglieder zu hinterzücken, zeigen deutlich die letzten Vorfälle in der hiesigen Filiale. Ende Januar fand in Jittau eine Mitgliederversammlung statt. In dieser wurde laut Statut die Ortsverwaltung gewählt. Gewählt wurden 2 Kommunisten und 3 Sozialdemokraten. Da nach dem Statut die Jittauer Ortsverwaltung zugleich die Filialleitung ist, war dieses Resultat den Reformisten nicht angenehm. Deshalb mußte sofort alles in Bewegung gesetzt werden, um diese Wahl illusorisch zu machen. Dieser Schlag wurde in der Filialgeneralversammlung geführt. Dort wurde von Delegierten geographisch verstreut liegender Ortsgruppen der Antrag eingebracht, eine Veränderung des Ortsstatuts vorzunehmen, so daß die Wahl der Filialleitung in der Generalversammlung erfolgen soll. Das eine Vorbedingung statgefunden haben muß, ging auch daraus hervor, daß von einem bestimmten SPD-Mitglied Vorschläge gebracht wurden, die, wie sich bei der Wahl der Parteidelegierten zeigte, auch schon vorzeitig abgelehnt waren. Die von der Ortsgruppenversammlung gewählten Delegierten wurden nicht erst als Vorschläge anerkannt. Die Delegierten zur Generalversammlung waren sorgfältig ausgewählt worden. Ein Delegierter gab bekannt, daß er zu seinem Mandat gekommen sei, er wählte nicht mit. Das dürfte bei vielen Delegierten zugegriffen haben. So war es auch nicht verwunderlich, daß die Resolutionen der SPD-Schieber angenommen wurden. Von 75 Stimmberechtigten gaben 48 der Schieber ihre Stimme. Es ist das erste Mal, daß in der hiesigen Generalversammlung Vorkommnisse stattfanden. Aber weil es den SPD-Schiebern nicht in den Kopf paßte, sabotierten sie die Verhältnismäßig. Die Mitglieder der Jittauer Ortsgruppe müssen gegen das Verhalten der Angehörigen des DVB sowie ihrer treuen Stützen scharf Stellung nehmen. In der nächsten Mitgliederversammlung, wo es gilt, von der Generalversammlung Bericht entgegenzunehmen, müssen die Kollegen aus den Betrieben zahlreich erscheinen. Dort wird es auch gelten, für die nächste Generalversammlung Kollegen zu wählen, die nicht die Schieber der Bureaufakten mitmachen. Am die Kommunisten loszuschlagen zu können, war der ASP-Mann Winke herbeigezogen. Da war es interessant, wie folglos die SPD-Leute den Vorschlägen dieses Renegaten der Arbeiterbewegung folgten. Anstatt solche Verräter auszuscheiden, können sie noch immer bestimmend auf die Geschicke der Textilarbeiter einwirken.

Textilarbeiter, nehmt zu den Vorgängen Stellung, verlangt sofort eine Mitgliederversammlung und protestiert gegen die Rechtslosmachung der Mitglieder!

Verantwortliche Redakteur: für Innen- und Außenpolitik: Bruno Gollmeier; für Lokales, Gewerkschaftliches, Sport und Neuland: Richard Gollmeier; für den Internationalen: Ulrich Burkert, sämtl. in Dresden Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft — Dresden, "Futura", Teuderscheffels Dresden

Leutnant Kijakho

Eine Erzählung von G. Koffin

(Schluß)

Ganz in der Frühe kamen die beunruhigten Stadtbäuer zu Kijakho gelaufen. Als dieser erfahren hatte, was eigentlich los war, fing er zu lachen an. Da aber die Dumaleute ganz verzweifelt ausluden, wurde er wieder ernst und befahl, die "Laugekübel", die die Plakate gelblich hatten, ihm schnellstens vorzuführen.

Nach fünf Minuten erschienen vor den grausamen Augen des Hauptmanns vier Soldaten. „Euer Wohlgebornen, wir sind unshuldig, man sagte uns, daß wir die Plakate, die in der Ecke lagen, anzuleben sollten. Wir taten es auch, aber gefehen haben wir sie nicht.“

„Herab!“ befahl der Leutnant.

Der Besitzer der Druckerei wurde gerufen. Zum Tode erschrocken erschien dieser logisch mit seiner nicht weniger erschrockenen Frau. „Euer Wohlgebornen — wir schließen, als die Plakate geholt wurden. Ich sagte, daß sie die Plakate von der rechten Ecke nehmen sollten, sie haben aber wahrscheinlich die alten Plakate genommen, die in der linken Ecke lagen. Ich versichere, daß ich ganz unshuldig bin.“ Die Mitglieder der Kommission für gesellschaftliche Ordnung rannen gleichzeitig in der Stadt herum, um die verfluchten Plakate von den Wänden herunterzureißen.

Nach einigen Stunden war die Geschichte mit den Anschlägen vergessen. Und wild wie die Käfer im Frühling, wenn sie aus dem hinteren Stall herausgelassen werden, so ließen die „Führer der Gesellschaft“ zu Versammlungen, Beratungen, Tringelagen und so weiter.

Die Stadttätigkeit hatte mit einem Worte alle und alles umfloht. Am Telegraphengebäude bildete sich eine große Schlange. Arbeiter- und neugeborene Organisationen beizten sich, ihre Treue Seiner Majestät General Demin, und dem französischen Militärattaché auszusprechen. Leutnant Kijakho aber schickte sofort eine Ordronanz mit einem Befehl an den Postobersten. Der Befehl lautete: „Auf Grund von Erwägungen militärischen Charakters verbiete ich, Telegramme dieser Art zu befördern.“ „Er versteht es besser — jung, aber tüchtig!“ sagte der Bürgermeister.

„Mitbürgerheimlich ist eine ganz große Sache, man muß sie verstehen.“ bemerkte der Geschäftsführer des Militärobersten.

Im Stabsgebäude des Leutnants Kijakho ging die Arbeit sehr rasch vorwärts. Man brachte aus dem Gefängnis einige Kommunisten, die persönlich von Kijakho und Gollmeier vernom-

men wurden. Es wurden auch einzeln alle Mitarbeiter des Militärkommissariats vorgeführt, aber nachher wurden sie wieder entgesperrt. In dem Gebäude, wo das Militärkommissariat sich befand, wurde eine große Hausreinigung vorgenommen. Was man aber die Verhafteten gefragt hat, und was sie geantwortet haben, wußte niemand.

„Das ist Militärlache, Kijakho wird schon unterkuchen, jung aber tüchtig.“ sagte ruhig der Bürgermeister.

In der Stadt wurden trübe Gerüchte verbreitet, der Chef des Militärkommissariats habe lange mit Kijakho gesprochen und ihm sehr wichtiges Material mitgeteilt. Man sprach auch davon, daß der Sekretär des gemeinen Ausführensomitees, Zwanzoff, gesagt habe, er sei in die Partei nicht aus Idealen, sondern aus ganz anderen Gründen eingetreten.

Am nächsten Tage wimmelte es in der Hauptstraße von Bolotnik wie in einem Ameisenhaufen. Es handelte sich um eine sonderbare Projektion. Die ganze Organisation der Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Russlands wurde unter Verwendung der ganzen Militärabteilung aus dem Gefängnis geführt. Der Reichshändler Tschernomoff heilte sich mitten auf der Straße und fing an, die Kommunisten und hauptsächlich den Verwalter der Finanzabteilung zu beschimpfen. Er mußte aber gleich aufhören, da ein berittener Soldat ihn fortjagte. Man führte die Kommunisten in ihre Parteilokal, das von Soldaten umstellt war.

„Was ist los? Was wird mit denen geschehen?“ staunten die Anwesenden. Kijakho weis, was er tut — jung aber tüchtig.“ sprach der Bürgermeister.

Im Parteilokal begab sich unterdessen folgendes: Der Sekretär des Parteikomitees erhob sich und forderte die Genossen auf, ihre Plätze einzunehmen und sich ganz ruhig zu

verhalten. Gleich darauf legte er mit außerordentlich feierlicher Stimme: „Ich eröffne hiermit die Versammlung der Organisation. Einziger Punkt der Tagesordnung: Der gegenwärtige Augenblick.“

„Was geht in der Stadt vor?“ ertönten ungeduldige Stimmen.

„Ich bitte, sich zu beruhigen.“ lächelte der Sekretär, gleich wird Ihnen alles klar werden.“ Das Wort hat der Genosse aus dem Gouvernement, Gerasimoff.“

Aus den Kulissen tritt Leutnant Kijakho, worauf sofort ein großer Lärm anfängt. Was ist los, was hat dieser Kandidat bei uns in der Versammlung zu suchen?“ schrien alle.

Der Sekretär aber schrie noch lauter: „Ruhe! Das Wort hat Genosse Gerasimoff!“

„Genossen! Ich bin kein Leutnant und heiße auch nicht Kijakho.“ sprach der Gemeinliche. „Ich bin Mitglied der Gouvernementsduma und heiße Gerasimoff.“

Wie ein elektrischer Strom lief es durch den Saal.

„Ich bin Gerasimoff.“ lehte er fort. „In Bolotnik waren Deutsche Agenten anwesend. Sie haben sich in die Partei eingeschlichen. Sie sehen auch im Militärkommissariat und im Ausführensomitee. — Sie handeln mit der Deutschen Geheimpolizei in Verbindung. Wir haben doch schon früher festgestellt. Doch waren wir nicht in der Lage, es zu beweisen, und darum waren wir zu diesem Manöver gezwungen. Diese Operation hat ihr Ziel vollständig erreicht. Das konterrevolutionäre Nest ist liquidiert. Sie befinden sich alle in unseren Händen. Genosse Protokoff, der Ihnen als Leutnant Gollmeier bekannt ist, nimmt die Betreffenden alle jetzt fort.“

Gerasimoff konnte seinen Bericht nicht zu Ende führen. Im Saale ertönte Hurrauschrei.

Genosse Zwitoff, der ein großer Liebhaber von Resolutionen war, schlug vor:

„Die Taktik des Leut...ifu, d. h. des Genossen Gerasimoff vollständig gutzuheißen.“

Roter Pfeffer

Verurteilt und Verurteilt vor dem Tode

Ein alter Bauer war todkrank und erklärte seiner Frau, wie er alles nach seinem Tode geordnet haben wollte.

„Verzieh nicht Marie,“ murmelte er, „daß mir Johannson 25 Kronen schuldig ist.“

„Dört bloß,“ sagte seine Frau zu den Nachbarn, die sich versammelt hatten, um ihre Trauer zu teilen, „wie unshuldig er bis zuletzt ist.“

„Und verzieh nicht, Marie,“ fuhr der Sterbende nach einer Weile fort, „daß ich dem alten Peterfon 50 Kronen schuldig.“

„Armer Kerl,“ sagte die Frau des Kranken, „seht redet er wieder irre.“

Wir beginnen morgen mit



A Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden u. Umg. A

DR.-FRIEDRICHSTADT

Friedrichshäbler
Manufaktur und Wollwarenhaus
Richard Wermann, Belcherstr. 20
63049

Tafel Müllers Restaurant
Schillerstraße 24
63058

MÖBEL-FABRIK RICHTER & MÜLLER
Ausstellungsbüro:
Weißeritzstr. 14 / Ecke Friedr.-Str.
63051

H. Arweiler / Inh. M. Ruffert
Woll- u. Weißwarengeschäft
Schäferstraße 56
63050

Brandenburger Hof
Berliner Straße 26, Ecke Peterstraße
Karl Weibel - Fernruf 22076
63110

Zigarrenhaus Max Franke
Schillerstraße 49
63076

Apotheker Hans Steinbach
Schillerstraße, Ecke
Drogerie Menckestraße **Drogerie**
63148

Textilwaren
Hedwig Dietrich, Schillerstraße 42
63497

Konditorei und Bäckerei
Oskar Schulze, Vorwerkstraße 18
ff. Torten, Desserts und Kuchen
63050

Otto Lecker
Schreibwaren, Tabakwaren,
Zeltschriften / Fribelstraße 12
63075

DRESDEN-JOHANNSTADT
Richard Weibel, Dittmerstraße 25
Trifolagen und Stülmpfe
63052

Alle Sorten
Brennmaterial
Felsen M. Wolf & Otto
Hopfgartenstraße 19
62658

Roßschlächterei
Karl Schuster
Schank- und Spelawirtschaft
Johannes Schuster, Elberg 10
62665

SANITÄTSHAUS
MAX THIERFELDER
Pillnitzer Straße 19
Großes Lager hygienischer und anderer
Gegenstände / Damenwäsche „ZELIDA“
bei billigsten Preisen
63440

Tanzpalast Blumenäle
63442

J. Uys
Gruner Straße 31
Solinger Stahlwaren
und Schlifferei
Firma führt i. Qualitätswaren
u. ausserst leistungsfähige Arbeit
63143

D. Rosenkranz
Dürerstraße 2
Herrn-
maßschneiderei
62954

Elektro
E. K. Schmidt
Bismarckplatz 14
Radio
62956

Neue
und gebrauchte
Möbel
preiswert bei
Peschel
Neue Gasse 13
62963

Walter Wagner
Ziegelstraße 60
Leder-, Schuhmacher-
bedarfartikel
62967

DRESDEN-STRIESEN
Verkauf und Reparatur von Uhren
Gustav Loose, Margal-Belcher-Str. 13
62914

Curt Hähnel
Fischelstraße, Margal-
Belcher-Str. 13
Ecke Anstalt
62915

Restaurant
Erdkugel
Altstriesen 3
62918

Olte Henge / Bismarckstr. 7
Schuhreparaturen schnell u. preiswert
62917

Striesener Ratskeller
Altstriesen 18
63018

Fahrräder / Reparaturen
Anzahlung 10.- RM - Wochenrate 3.- RM
J. Kubis, Schandauer Straße 59
62919

Stempel-
Ecke
Hoffmann
Strümpfe - Wollwaren - Trikots - Herren-
artikel am billigsten
62920

Fahrräder (Diamant, Mars, Triumph)
Gustav Schmidt, Augsburger Straße 23
63003

TABAKWARENHAUS FRANZ LEHMANN
Augsburger Str. 27, Ecke Lützowstr.; Zweig-
geschäft Wittenberger Str. 21
63097

DRESDEN-LAUBEGAST
Maiders Restaurant, Güte-Ecke-Str. 10
alle Arbeiter, Albia Rotischs, Fährstraße 1
63071

DRESDEN ALTSTADT

Uhren / Gold- und Silberwaren
GUSTAV SMY
Moritzstraße 10 / Telefon 20326
63037

Tabakwaren - H. Fülle Moritzstr. 15
Ecke Schillerstr.
63038

Treff für alle KPD- und RFB-Genossen
im Restaurant „Zum Hasen“
Fischhofplatz 1
63003

Dresdner Fischhallen
Webergasse 17
Ecke Querstraße, vom Altmarkt aus linke Seite
63042

Dr. Johs. Haas & Co.
Jüdenhof 3
Spülmaschinen aller Art / Spezial-Krätzerblätter
63131

Reberfahren, Reberabfälle kauft man
billig bei **G. W. H. H. Nachl.**,
Weibe Gasse 3, Ecke Große Frobengasse
63187

Am Nulle!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Wanzen, einm. S.
Sutaten, für
9,99 29.- an-
schaffen lassen.
Da ich für guten
Stoff noch neueff.
Modelle garan-
tiere.



Rich. Wölfert, Dresden-Alt.
Gruner Straße 21, II. 63447

W. Uhlig, Kesselsdorfer Straße 33
Spezialgeschäft für Kleiderstoffe, Herren-
u. Damenwäsche, Trikots, Wollwaren
62906

Feinbäckerei von Rich. Dabritz
Kesselsdorfer Straße 33
62906

Drogerie z. weißen Kreuz
Alfred Sachse, Kesselsdorfer Straße 84
Telefon 14682
62907

Curt Bageborn, Kesselsdorfer Str. 10
empfiehlt
Goldwaren, Uhren, Bestecke
62908

Kauschichterei und Lebensmittel
von Marie Telch, Reisewitzer Straße 2
62909

J. Diefenthaler, Reisewitzer Straße 7
Eisenwaren, Werkzeuge, Oelen
und Herde, Küchengeräte
62910

Max Scheibe
Lübecker Str. 2 Kronprinzenstr. 51
Kartoffeln, Futtermittel
Telefon 17621
62911

Hermann Kungsch
Biergroßhandlung und
Mineralwasserfabrik
Siefenstraße 10, Telefon 10069
63168

Restaurant zum Sängerklein
Hilf Baumert
Wernerstraße 98 - Tel. 12320
63060

Walter Kröber, Körnerstr., Leipzig Str. 84/87.
Pelzwaren, Hüte, Mützen, Herrenart.
63014

Paul Härtel, Oschatzer Str. 25
Lederhandlung
Schuhmacherbedarfartikel
63018

Holz, Kohlen, Brikette
Hermann Schubert, Altpieschen 4
63019

Hausschl. Fleisch-
und Wurstwaren
Paul Colles
Fleischbrennstoff
Bürgerstr. 44
63016

**Akku-
mulatoren**
Luscher
Oschelzer Straße 17
63017

Konzert- und Ballhaus
„Zum Reichsbanner“ 9
(früher deutsche Reichsbanner) Bismarcksweg 4
63021

Köpenicker Hof, Hans-Sachs-Straße 23
Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
63024

DRESDEN ALTSTADT

Residenz-Büffet u. Konditorei
Sachs & Co., Seestraße 7
63444

Gustav Stürmer, Friseur, Röbelgasse 24, Ecke Lillengasse / Für Erwerb-
l., Alters- und Invaliden-Rezepte Haararbeiten 60 Pl.
63439

Dresdner Keks- u. Waffelfabrik
Bruno John, Dresden-Dobritz
empfiehlt ihre Qualitätswaren!
63061

MÖBEL-HESSE Rosenstraße 45
Teilzahlung - Eigene Werkstätten
63040

Schirmers Restaurant, Fischhofplatz 14
Verkehrslokal von Rotfront und allen
organisierten Arbeiter
63492

Donffaus
Hub. Hoff & Co.
Leinwandwaren, Plüsch, etc.

Liquorfabrik
A. Eckhardt
Flaschenverkauf
H. Kirchgasse 5
Ausschank
Schuhmacher-
gasse 10
63185

Rosa Petasch
Kosenstraße 75
Rauchwaren
63009

**RADIO-
PANIER**
Maxstraße 6
Pillnitzer Str. 36
63158

Zigarrenhaus
Ottomar Hainzschel
Zigarren / Zigarillos
Lobk. / Palmstr. 11
63491

Kaffee Karibad
Materialstraße
Ecke Rosenstraße
Grundl. Arbeiterhalt
63335

DRESDEN ALTSTADT

Dronerie Franz Schaal
Annenstraße 21 und Alaunstraße 11
63144

Reserviert 101
63063

P. Schaarshmidt, Stifftsstraße 5
Schuhwaren / Reparaturen
63150

**Spezialgeschäft für Wander-, Kletter-
und Wintersport**
Wolfgang Fuhrmann, Neumarkt 11
63038

KOHLEN-MICHEL
Palmstr. 51 u. Mühlengasse 12, Telefon 19934
62881

Päberel - Chemische Reinigung
Gebr. Berthold, Weinligstr. 8
Gut, schnell, preiswert
63035

Palmhof
Inhaber: **E. Geßler**, Palmstr. 25
- Verkehrslokal der Arbeiter -
63490

Haus- u. Küchengeräte
Oskar Pietsch
Große Brüdergasse 4
63445

Zigarrenhaus Hermann
Pillnitzer Straße 33
63181

Solinger Stahlwaren
kaufen Sie günstig
im Spezialgeschäft von
C. Emanuel, Rampische Straße 31
Eigene Rasierklingen-Schleiferei
63182

Restaurant Flemminghof, Flemmingstraße 15
Verkehrslokal der organisierten Arbeiterschaft
63471

DRESDEN-LOBTAU

Der gute Trunk
Reisewitzer Bier!
63168

Tabakpfeifen
Zigarren-Schneider, Kesselsdorfer Straße 17
62973

ZIGAREN-HEVRE
Kesselsdorfer Straße, Ecke Kronprinzenstraße
62972

Lebensmittel
Bruno Kretschmar, Kesselsdorfer Straße 35
62973

Möbelhaus Richard Schmieder
empfiehlt große Auswahl in Möbeln aller Art
Spezialgeschäft Möbelstraße 46
Pillnitzer Kesselsdorfer Straße 25
62978

Schokoladen-Spezialgeschäft
Anna Lindemann
Kesselsdorfer Straße 44
62835

Bierhandlung, Mineralwasserfabrik
Heidon u. Hahnel
Bismarckstraße 48
Telefon 17456
62974

Holz- und Kohlenhandlung
Franz Kämpf, Bismarckstraße 50
Tel. 10498
62975

DROGERIE
am Kronprinzenplatz
Spezialgeschäft für sämtl.
Photo-Arbeiten
Großes Lager in Photoapparaten
62981

Nake-Pralinen
süß, frisch, gut und billig
Eichendorff-, Ecke Labecker Straße
63176

Restaurant „Zum Heltener Blick“
Inhaber E. Henker / Freiburger Straße 93
Ausschank Reisewitzer Bier
63176

Restaur. „Zur Deutschen Eiche“
Inh. E. Kollie, Tharandter Straße 46
Verkehrslokal der
Arbeiterschaft von Lobtau
63174

Restaur. „Zur guten Quelle“
Inhaber E. Schneider
Frankenberg-, Ecke Reisewitzer Str.
Aufenthaltsort für alle Lobtauer
Arbeiter / Gut gepflegte Biere
63179

Zigarren- und Zigarettenhaus
MAX GLÖCKNER
Kesselsdorfer Straße 40 und 47
63173

Möbellager, Ledertwaren
St. Pauli, Kesselsdorfer Straße 75
Gottlieb und Polster
63171

**Ernst Britze, Reisewitzer Str., d. Friedens-
kirche / Kurz-, Woll- und Schnittwaren**
62979

Restaurant Gustav Schröter
Kronprinzenstraße, Ecke Hainzschel Straße
63153

DRESDEN-PIESCHEN

Hirsch-Drogerie
Arno Oppelt, Torgauer Straße 51
Süßwaren, Vierkornweizen, Farben, Photo-
Artikel
63003

Marg. Schneider, Döbener Straße 22
Schokoladen und Lebensmittel
62902

Obstgeschäft Döring
Mollathstraße 1, Que Osteniger Platz
63003

Kolonialwaren
Grünwaren
ALFRED ARNOLD
Kesselsdorfer Straße 4
63167

Schokoladen
Kollidren
H. Marschan
Leipziger Straße 108
63015

Schuhreparatur u. Lederhandlung
Dr. Otto Götter, Seestraße 22
63177

Fabrikation
feiner Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Zilmer, Oschatzer Straße 1
63178

Schuhhaus Ruffau, Diefenthaler Str. 3
Reparatur / Nacharbeit / Einzig
63179

Drogen, Farben, Kolonialwaren
Gümeisen
Walter Leonhardt, Diefenthaler Straße 26
63180

Zigarrenhaus
H. Winkler
Am Bahnh. Cotta
63031

Zigarrenhaus
Teuber
Penzler Straße 21
63037

DRESDEN-KADITZ
Karl Rodschinka, Rankestr. 2b
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Eigene Fleischerei mit Motorbetrieb
63428

Konzert- und Ballhaus
„Zum Reichsbanner“ 9
(früher deutsche Reichsbanner) Bismarcksweg 4
63021

Köpenicker Hof, Hans-Sachs-Straße 23
Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
63024

DRESDEN-COTTA

Schusterhaus
Tanz-Palast
Sonntag öffentlicher Tanz
empfiehlt sich allen Vereinen bei
guter Besetzung kostenlos
63140

Restaurant zur Schanze
Penzler Str. 23 / Inh. Robert Korte
63039

Friseur Kuhn
Cottabauer Straße 44 / Spez. Haararbeiten
63038

Mario Fleck, Warthaer Straße 1
Schokoladen, Pralinen erster Pflanz
63037

Uhren, Goldwaren, Optik
Viktor Kohnke, Warthaer Straße 3
63039

DRESDEN-KADITZ
Karl Rodschinka, Rankestr. 2b
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Eigene Fleischerei mit Motorbetrieb
63428

MICKTEN TRACHAU
Stundfunk / Licht und Kraft
Rebiger Str. 259
Ausrüstung sämtlicher Anlagen
Fachmännische Bedienung
63039